KOMDAT

Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe

Juni 2011 Heft Nr. 1 & 2 / 11 14. Jg.

Inhalt

Die Zukunftsbranche Kinder- und Jugendhilfe 1
Familien mit Migrationshintergrund 7
Die Dynamik der Ausgabensteigerungen wird anhalten 11
Die flexible KiTa 16
Heimerziehung – gestern, heute, morgen 18
Jugendleiter/-innen werden sichtbar 21

Literatur

In diesem Heft verwendete Literatur 24

Editorial

Das Gewand von KomDat hat sich mit der 40. Ausgabe gewandelt. Nach mehr als 10 Jahren haben wir uns entschlossen, das äußere Erscheinungsbild etwas zu verändern. Inhaltlich aber halten wir an Bewährtem fest. Auch mit dieser Ausgabe werden aktuelle Themen der Kinder- und Jugendhilfe empirisch unterfüttert oder auf spannende Befunde der Statistik aufmerksam gemacht. Geleitet haben uns dieses Mal vor allem die Themenschwerpunkte des 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags. So stehen Fragen der »Erziehung und Bildung« im Fokus, wenn aktuelle Tendenzen der Heimerziehung aufgezeigt werden oder das Passungsverhältnis zwischen Elternwünschen, Angeboten der Kindertageseinrichtungen und den Bedürfnissen der Kinder betrachtet wird. Um Fragen der »Integration und Teilhabe« geht es in einem Beitrag über Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe mit Zuwanderungsgeschichte. Und mit Blick auf das Themengebiet der »Fachkräfte und Fachlichkeit« wird gleich zu Beginn des Heftes der zukünftige Personalbedarf für die Kinder- und Jugendhilfe in den Mittelpunkt gerückt. Und dabei wird deutlich: Die Kinder- und Jugendhilfe ist eine Zukunftsbranche.

Die Zukunftsbranche Kinder- und Jugendhilfe – Personalbedarfe bis 2025 belaufen sich auf 333.000 Fachkräfte

Seitdem der Ausbau U3 in der Fachwelt diskutiert wird, ist die Frage nach dem zusätzlichen Personalbedarf in aller Munde. Vor einigen Jahren war es noch genau umgekehrt: Aufgrund der demografischen Entwicklung sprachen alle vom Personalabbau. Mitte der 1990er-Jahre wurde der Personalabbau in der Kinder- und Jugendhilfe-Ost mit all seinen dramatischen Auswirkungen für die jungen Fachkräfte diskutiert, und Ende der 1990er-Jahre gab es die ersten Meldungen, dass es im Westen einen Personalrückgang geben wird, da die Anzahl der Kindergartenkinder bis zum Ende der 2000er-Jahre um bis zu 25% zurückgehen wird. Ab dem Jahr 2002 drehte sich dann das Blatt der zukünftigen Personalszenarien, da Möglichkeiten gesehen wurden, die frei werdenden Personalressourcen für den dringend notwendigen Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige in Westdeutschland einzusetzen. Durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) sowie das Kinderförderungsgesetz (KiföG) wurde ein regelrechter Ausbauboom ausgelöst, und in der Zeit nach 2006 kam es nicht zu einem Personalrückgang, sondern zu einer Ausweitung der Anzahl der Beschäftigten um rund 65.000 Fachkräfte. Bis heute ist der Ausbau noch nicht abgeschlossen, und es zeigt sich darüber hinaus, dass in den nächsten Jahren zusätzlich mit einer erheblichen Pensionierungswelle der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen, aber auch in den anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe zu rechnen ist. In welchen Dimensionen sich der Personalbedarf in der Kinder- und Jugendhilfe damit in den nächsten 15 Jahren insgesamt bewegen wird, ist Thema dieses Beitrags.

Personalbedarf in der Kindertagesbetreuung

Mit den größten Personalbedarfen ist im Bereich der Kindertagesbetreuung zu rechnen. Dies ist aber nicht nur aufgrund des Ausbaus der Angebote für unter 3-Jährige zu erwarten, sondern auch wegen der anstehenden Pensionierungswelle sowie weiteren fachlichen Herausforderungen im Bereich der Ganztagsbetreuung der über 3-Jährigen.

Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige bis 2013 und bis 2025

Durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für 1- und 2-Jährige ab dem 1. August 2013 wird das zentrale Kriterium für die Nachfrage nach Betreuungsplätzen der Elternwunsch sein. Wie dieser Elternwunsch zu diesem Zeitpunkt und dann in der Folgezeit ausfallen wird, kann heute noch nicht abschließend gesagt werden. Es gibt hierzu nur Annäherungen durch den aktuell geäußerten Betreuungswunsch der Eltern.

Bei einer repräsentativen Elternbefragung im Jahre 2005 ergab sich für Westdeutschland der Betreuungswunsch für 32% der unter 3-Jährigen, für ganz Deutschland von 35%. Im Rahmen des DJI-Surveys AID:A 2009 sowie einer Nachbefragung im Auftrag des BMFSFJ für das Jahr 2010 ergab sich ein Betreuungswunsch in Höhe von 39% für ganz Deutschland, für Westdeutschland von 37% und für Ostdeutschland von 51%. Im 2. Bericht der Zwischenevaluation zum KiföG wird dies als zu erwartende Größe aufgeführt und darauf hingewiesen, dass bei der Planung des KiföG im Jahre 2007 von ca. 750.000 Plätzen ausgegangen wurde. Dies entspricht fast dem in 2010 geäußerten Betreuungswunsch für 39% der unter 3-Jährigen. Bezieht man die 39% auf die unter 3-Jährigen gemäß der Bevölkerungsvorausberechnung zum Ende des Jahres 2013, so ergibt sich ein Bedarf von ca. 780.000 Plätzen. Da in Deutschland im März 2010 inzwischen 472.000 Angebote für unter 3-Jährige geschaffen wurden, verbleibt noch ein Ausbaubedarf von ca. 300.000 Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.

In Ostdeutschland wird es bei einer weiteren Steigerung der Inanspruchnahmequote nicht zu einem zusätzlichen Platzbedarf kommen, da demografiebedingt die Anzahl der unter 3-Jährigen stärker als der erwartete Mehrbedarf zurückgehen wird. Für die unter 3-Jährigen wird bis 2015 ein Rückgang um 13.000 Bedarfsplätze und für die über 3-Jährigen ein Rückgang von fast 60.000 Bedarfsplätzen erwartet.

Personalbedarf für den Ausbau U3

Für die weiteren Personalberechnungen erfolgt die Orientierung an dem Ziel von 39%, da dies der zu erwartende Elternwunsch ist, der ab dem 1. August 2013 auch einklagbar ist. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der Bedarf in Westdeutschland weiter steigen wird und es durchaus plausibel erscheint, dass sich Ende 2025 der Betreuungswunsch der Eltern in Westdeutschland so darstellen wird wie jetzt in Ostdeutschland. Deshalb wird in der Modellrechnung eine Steigerung des Elternwunsches in Westdeutschland zwischen 2013 und 2025 von 37% auf 48% zugrunde gelegt.

Geht man davon aus, dass für 5 unter 3-Jährige eine Vollzeitkraft benötigt wird und 30% des Ausbaus in Westdeutschland durch Tagespflegepersonen bereitgestellt werden kann, ergibt sich ein Personalbedarf in Tageseinrichtungen von ca. 54.000 Fachkräften bis 2013 und dann bis 2025 ein weiterer Bedarf von ca. 34.000 Fachkräften Für den gesamten Zeitraum (2010-2025) summiert sich der Bedarf auf 88.000 Fachkräfte. (vgl. Tab. 1).

Für die 91.000 notwendigen Kindertagespflegen bis 2013 wären ca. 36.000 Tagespflegepersonen (1 Tagespflegeperson mit durchschnittlich 2,5 Kindern in Westdeutschland) notwendig. Würde eine Tagespflegeperson 4 Kinder betreuen, wären nur 22.500 Personen notwendig. Zwischen 2013 bis 2025 würden dann noch zusätzlich rund 14.000 (bei 1:2,5) bzw. 9.000 (bei 1:4) Tagespflegepersonen benötigt.

Durch die demografischen Veränderungen werden ggf. noch geringfügige Personalressourcen frei, die zur Deckung des Personalbedarfs eingesetzt werden können.

Tab. 1: Personalbedarf in Kindertageseinrichtungen unter Berücksichtigung mehrerer Faktoren für den Zeitraum von 2010 bis 2025 in West- und Ostdeutschland (Angaben absolut)

	2010 bis 2013	2013 bis 2025	2010 bis 2025
Westdeutschland			
Personalbedarf U3 bei 37% Platzbedarf bis 2013 und 48% bis 2025	53.582	34.293	87.875
Personalbedarf für Angebote im Kindergartenalter	-3.672	976	-2.696
Ersatzbedarf aufgrund des vorzeitigen Ausstiegs (Schätzung: 1% des Personalbestandes)	9.792	23.413	33.205
Ersatzbedarf aufgrund des Übergangs in Rente mit 60 J. bis 2013, dann ab 63 J.	8.172	62.031	70.203
Ausbau der Ganztagsangebote im Kindergarten auf einen Anteil von 50% bis 2025	/	23.743	23.743
Ausbau der Angebote zur außerunterrichtlichen Betreuung von Schulkindern in Horten und Ganztagsschulen	/	25.195	25.195
Saldo	**67.874**	**169.651**	**237.526**
Ostdeutschland			
Personalbedarf U3 bei 51% Platzbedarf bis 2013 und 58% bis 2025	976	-3.236	-2.260
Personalbedarf für Angebote im Kindergartenalter	-178	-4.405	-4.582
Ersatzbedarf aufgrund des vorzeitigen Ausstiegs (Schätzung: 1% des Personalbestandes)	2.798	5.330	8.128
Ersatzbedarf aufgrund des Übergangs in Rente mit 60 J. bis 2013, dann ab 63 J.	5.411	24.575	29.986
Saldo	**9.007**	**22.264**	**31.271**
Deutschland			
Saldo	**76.882**	**191.916**	**268.797**

Quelle: Basisdaten zu den betreuten Kindern und den tätigen Personen: Statistisches Bundesamt: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen 2010, Wiesbaden 2010; Referenzgröße für die zukünftige Bevölkerung: Statistisches Bundesamt: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; eigene Berechnungen

Bei der langfristigen Betrachtung ist zusätzlich das vorzeitige sowie das rentenbedingte Ausscheiden aus dem Arbeitsfeld bei den Berechnungen des zukünftigen Personalbedarfs zu berücksichtigen. Bis zum Jahr 2025 ist mit einem erheblichen Ersatzbedarf von bis zu 100.000 Fachkräften in Westdeutschland zu rechnen. (vgl. Abb. 1) Diese hohe Zahl ergibt sich vor allem aus der Tatsache, dass die stark besetzten Jahrgänge der 45- bis 60-Jährigen in diesem Zeitraum in Rente gehen werden.

In Ostdeutschland wird der Personalbedarf für die unter und über 3-Jährigen um ca. 7.000 Personen zurückgehen. Dies hängt damit zusammen, dass zwar die Quote der Inanspruchnahme bei den unter 3-Jährigen steigt, aber gleichzeitig demografische Rückgänge bei den unter 6-Jährigen von ca. 20% bis zum Jahr 2025 erwartet werden. Allerdings wird es zu einer Pensionierungswelle der Beschäftigten in Tageseinrichtungen für Kinder bis 2025 kommen: ca. 30.000 Fachkräfte werden altersbedingt und ca. 8.000 vorzeitig ausscheiden. Im Saldo verbleibt ein Personalbedarf von ca. 31.000 Fachkräften.

Personalbedarf für Ganztagskindergärten, Horte und Ganztagsschulen

Allerdings wird sich der Betreuungsbedarf nicht nur bei den unter 3-Jährigen verändern. Aufgrund der vielfachen Anforderungen wird der Betreuungsbedarf im Kindergartenalter bezogen auf Ganztagsangebote weiter steigen. Unter der Voraussetzung, dass das aktuelle Angebot von 27% für die Kindergartenkinder in Westdeutschland auf 50% angehoben wird, ist beim aktuellen Personalschlüssel mit einem Personalbedarf von ca. 25.000 zusätzlichen Fachkräften zu rechnen. Da die Betreuungskette nicht mit der Grundschule endet, sondern in den meisten Fällen dann in der Grundschulzeit noch virulenter wird, ist ebenfalls mit einer steigenden Nachfrage nach Betreuungsangeboten in Horten und Ganztagsschulen zu rechnen. Wenn man von einem Bedarf für ca. 50% der 6- bis 10-Jährigen ausgeht und bisher erst für 20% Angebote bereit stehen, ist noch mit einem weiteren Personalbedarf von ca. 25.000 Fachkräften zu rechnen.

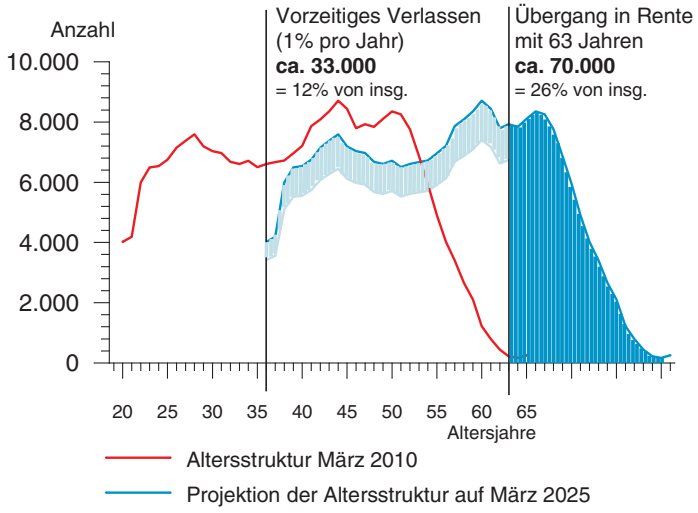
Gesamtbedarf für Kindertageseinrichtungen

Insgesamt summiert sich somit der Fachkräftebedarf in Westdeutschland innerhalb der nächsten 15 Jahre bis 2025 auf fast 240.000 neue Fachkräfte auf. Für Ostdeutschland entsteht vor allem aufgrund des Übergangs in die Rente ein Bedarf von ca. 31.000 Fachkräften. In Deutschland ist somit mit einem Bedarf von etwa 270.000 Fachkräften in den Kindertageseinrichtungen bis 2025 zu rechnen.

Die anderen Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe

In den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe neben der Kindertagesbetreuung, insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit sowie den Hilfen zur Erziehung, sind gegenwärtig 27% aller Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe tätig. Dies ist zwar ein geringer Anteil, aber es darf nicht übersehen werden, dass in diesen Bereichen Ende 2006 immerhin 148.000 Personen gearbeitet haben.

Abb. 1: Projektion der Altersstruktur der Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen auf den März 2015 (Westdeutschland; Basis März 2010; Anzahl)*



*Methodische Erläuterung: Bei der Projektion wird die Altersstruktur im März 2010 um 15 Jahre nach rechts verschoben. Dadurch wird deutlich, wie die Altersstruktur im Jahr 2025 aussehen würde, wenn alle Personen weiter beschäftigt würden. Anhand der Verschiebung um 15 Jahre wird visualisiert, wie viele Personen ausscheiden, die im Jahr 2025 dann 63 Jahre und älter sein werden. Dies werden voraussichtlich 70.000 Personen sein (blaue Fläche ab 63 Jahre). Zur Bestimmung derjenigen, die das Arbeitsfeld vorzeitig verlassen, werden pro Altersjahr jeweils 15% der Fachkräfte des Jahres 2010 abgezogen. Somit ergibt sich die hellblaue Fläche bei den 35- bis unter 63-Jährigen im Jahr 2020, die für 33.000 Personen steht, die voraussichtlich das Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung dauerhaft bis 2025 verlassen werden.
Quelle: Altersstruktur 2010: Statistisches Bundesamt: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen 2010; Altersstruktur 2025: eigene Berechnungen

Bei der Annäherung an mögliche Zukunftsszenarien für den Personalbedarf bis zum Jahr 2025 darf dieser Bereich nicht ausgespart werden. Dabei sind grundsätzlich drei Faktoren zu berücksichtigen: erstens die demografische Entwicklung, zweitens der Personalersatzbedarf aufgrund des vorzeitigen und rentenbedingten Verlassen des Arbeitsfeldes und drittens veränderte fachliche Herausforderungen des Arbeitsfeldes.

Demografiebedingte Einflüsse auf den Fachkräftebedarf

Die demografischen Effekte auf den Fachkräftebedarf sind indirekte Effekte. Durch den Rückgang oder Anstieg der Anzahl der jungen Menschen in der Bevölkerung ist bei gleichen Rahmenbedingungen zu erwarten, dass die Anzahl der Adressaten/-innen der Kinder- und Jugendhilfe ebenfalls zurückgehen bzw. ansteigen wird. In Westdeutschland wird es bei den Jugendlichen noch zu Rückgängen um bis zu 20% bis zum Jahr 2025 kommen.

Tab. 2: Personalersatzbedarf in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe ohne Kindertageseinrichtungen in Deutschland (bei angenommenem Übergang in die Rente mit 63 Jahren und vorzeitigem Verlassen des Arbeitsfeldes von 1% der Beschäftigten pro Jahr) (Angaben absolut)

	Personal am 31.12.2006	Übergang in Rente mit 63 Jahren		Unter 44-Jährige am 31.12.2006		Ausscheidende Personen (2006 - 2025)		Personalbedarf
	Anzahl	Anzahl	%-Anteil an insg.	Anzahl	19% Ausschied bis 2025	Anzahl zusammen	%-Anteil an insg.	2010 bis 2025*
Insgesamt	169.178	76.226	45,1	92.952	17.661	93.887	55,5	74.121
Verwaltung	21.136	11.752	55,6	9.384	1.783	13.535	64,0	10.686
Fachpersonal o. Verwalt.	148.042	64.473	43,6	83.569	15.878	80.351	54,3	63.435

*Die Personalbedarfsberechnung bezog sich auf den Zeitraum 2006 bis 2025 (=19 Jahre), da sich die letzten verfügbaren Daten auf 2006 beziehen. Um eine Vergleichbarkeit zum Zeitraum für den Bereich der Kindertagesbetreuung zu erzielen, wird der ausgewiesene Personalbedarf um vier Neunzehntel reduziert.
Quelle: Basisdaten zu den tätigen Personen: Statistisches Bundesamt: Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Tageseinrichtungen) am 31.12.2006, Wiesbaden 2007; eigene Berechnungen

Diese sind bei der Abschätzung des Personalbedarfs für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie der stationären Hilfen zur Erziehung in Westdeutschland im Kontext veränderter fachlicher Herausforderungen einzubeziehen. In Ostdeutschland werden die älteren Jahrgänge (über 10-Jährige) noch leicht steigen. Dies ist ein Effekt des langsamen Geburtenanstiegs nach dem Geburtentief im Jahr 1994. Die unter 6-Jährigen werden um bis zu 20% zurückgehen. Aufgrund der gegenläufigen Tendenzen wird kein direkter Einfluss auf den Personalbedarf bis 2025 in Ostdeutschland erwartet.

Vorzeitiges und rentenbedingtes Verlassen der Arbeitsfelder

Den größten Einfluss auf und damit auch die größte Bedeutung für den Personalbedarf in den anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe neben der Kindertagesbetreuung wird das Verlassen des Arbeitsfeldes haben. Diese im Grunde genommen neue Herausforderung ergibt sich dadurch, dass in den 1970er- und 1980er-Jahren in der Expansionsphase der Kinder- und Jugendhilfe viele junge Mitarbeiter/-innen eingestellt wurden, die jetzt langsam das Rentenalter erreichen. In den letzten 30 Jahren gab es kaum Mitarbeiter/-innen im Alter von über 50 Jahren, so dass es nur vereinzelt Übergänge in die Rente gegeben hat. Für die Modellrechnung des Personalbedarfs wird von ähnlichen Rahmenbedingungen wie beim Personal der Kindertageseinrichtungen ausgegangen: 1% der Beschäftigten verlässt jährlich das Arbeitsfeld, beim Übergang in die Rente wird vereinfachend für den gesamten Zeitraum von einem durchschnittlichen Eintrittsalter von 63 Jahren ausgegangen.

Der Ersatzbedarf des Fachpersonals ohne die Verwaltung würde sich für den Zeitraum von 2006 bis 2025 auf ca. 80.000 Personen belaufen (vgl. Tab. 2). Dies würde bedeuten, dass etwas mehr als die Hälfte (54%) bis 2025 ersetzt werden müssten. Geringere Ersatzbedarfe ergeben sich unter diesen Annahmen in allen Arbeitsfeldern und reichen von einem Ersatzbedarf von 47% bei den stationären Erziehungshilfen bis hin zu 67% im Bereich der Familienunterstützung durch die Beratung der Sozialen Dienste der öffentlichen und privaten Träger. Die bis 2010 bereits ausgeschiedenen Personen müssen noch heraus geschätzt werden, um den noch ausstehenden Personalbedarf zu bestimmen. Bei einem linearen Modell verbleibt ein Personalbedarf zwischen 2010 und 2025 von ca. 63.000 Personen.

Weitere fachliche Herausforderungen der Arbeitsfelder Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung im Kontext der demografischen Veränderungen

Aufgrund der demografischen Rückgänge in den zentralen Altersgruppen der Kinder- und Jugendarbeit wäre bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen mit einem Rückgang des Personalbedarfs zu rechnen. Allerdings besteht für die Kinder- und Jugendarbeit auch die Chance, sich neue Tätigkeitsbereiche, insbesondere in der Kooperation mit der Ganztagschule, vorrangig in den Formen der ungebundenen Ganztagschule zu erschließen. Im Personalbedarfsmodell wird diese positive Anpassung unterstellt und von einem konstanten Personalbedarf ausgegangen.

Für den Bereich der Hilfen zur Erziehung wird eine ähnliche Einschätzung vorgenommen. Die steigenden Hilfebedarfe, insbesondere bei den familienunterstützenden und familienergänzenden Hilfen, werden die geringeren Personalbedarfe aufgrund des demografischen Rückgangs ausgleichen. Somit wird auch in diesem Bereich von einem konstanten Personalbedarf ausgegangen.

Ausbildungskapazitäten

Dem Personalbedarf aufgrund veränderter Anforderungen und dem Ersatzbedarf in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern stehen die Ausbildungskapazitäten der Fachschulen und Hochschulen mit den einschlägigen Ausbildungen und Studiengängen gegenüber.

Für den Bereich der Tageseinrichtungen hat die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher die zentrale Bedeutung. An Fachschulen werden in den nächsten Jahren bundesweit voraussichtlich jährlich ca. 21.000 Erzieher/-innen ausgebildet. Es kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass alle Absolventen/-innen in das Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung einmünden. Schätzungen gehen davon aus, dass im Bundesdurchschnitt ca. 72% in dieses Arbeitsfeld münden. Die Summe der so zu erwartenden Absolventen/-innen beläuft sich für Westdeutschland für den Zeitraum von 2010 bis 2013 auf ca. 31.000, für den Zeitraum von 2013 bis 2025 auf ca. 132.000, zusammen also auf rund 163.000. In Ostdeutschland ist in den nächsten 15 Jahren mit ca. 63.000 neu ausgebildeten Erziehern/-innen für das Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung zu rechnen. Da in Westdeutschland auch Kinderpfleger/-innen und Sozialassistenten/-innen in der Kindertagesbetreuung eingesetzt werden, sind diese Ausbildungskapazitäten ebenfalls zu berücksichtigen. Es wird im Modell davon ausgegangen, dass von allen Absolventen/-innen zwischen 2010 und 2025 ca. 60.000 in Kindertageseinrichtungen beschäftigt werden.

Über die Anzahl der Qualifizierungskurse für Tagespflegepersonen in Deutschland existiert keine Statistik. Daher können hier auch nicht die Kapazitäten der Qualifizierungskurse ins Verhältnis zum Bedarf an Tagespflegepersonen gesetzt werden.

Die sich etablierenden Bachelor- und Master-Studiengänge zur frühkindlichen Pädagogik werden in den nächsten Jahren bei der Personaldeckung ebenfalls eine Rolle spielen. Wie viele allerdings tatsächlich ins Arbeitsfeld einmünden werden, ist sehr ungewiss. Für das Berechnungsmodell wird davon ausgegangen, dass die aktuell verfügbaren ca. 3.000 Studienplätze zu durchschnittlich 900 Absolventen/-innen pro Jahr führen, die bereit sind, in Kindertageseinrichtungen zu arbeiten. Somit ergibt sich für Deutschland bis 2013 ein Potenzial von 2.700 und dann bis 2025 ein Potenzial von 10.600 Fachkräften für die Kindertageseinrichtungen. Diese können allerdings nur dann gewonnen werden, wenn ihnen attraktive Beschäftigungsbedingungen geboten werden.

In den Arbeitsfeldern neben der Kindertagesbetreuung, insbesondere Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung, stellen die Berufsgruppen der Sozialpädagogen/Sozialarbeiter/-innen und Diplom-Pädagogen/-innen sowie die entsprechenden Bachelor- und Masterabschlüsse (Studiengänge Erziehungswissenschaft und Sozialwesen) eine wichtige Größe dar. Deshalb sind die Ausbildungskapazitäten dieser Studiengänge zu berücksichtigen. In den »alten« Diplom- und Magisterstudiengängen gab es im Jahr 2009 zusammen 7.382 Absolventen/-innen an Fachhochschulen sowie 5.263 Absolventen/-innen an Universitäten. Bachelorabsolventen/-innen gab es 3.057 an Fachhochschulen und 1.606 an Universitäten. Masterabsolventen/-innen summierten sich auf 385 an Fachhochschulen und 686 an Universitäten. Somit ergibt sich ein Gesamtvolumen von 18.379 Absolventen/-innen im Prüfungsjahr 2009. Geht man davon aus, dass viele Bachelorabsolventen/-innen einen Masterstudiengang anschließen, und nimmt als Größenordnung Masterabsolventen/-innen dieses Jahrgangs, dürfen die Masterstudenten/-innen mit Bachelor nicht doppelt gezählt werden. Somit reduziert sich das Potenzial für den Arbeitsmarkt bereits auf ca. 17.000 im Jahr 2009. Ob in Zukunft das bisherige Volumen der Diplom-Studierenden in den Bachelor- und Masterstudiengängen gehalten werden kann und ob die vielfältigen Spezialisierungen zu einem vergleichbaren Arbeitsmarktverhalten führen wie bisher, kann heutzutage niemand sagen.

Um zumindest einen ersten Eindruck über die Dimensionen und evtl. auftretenden Bedarfslücken zu erhalten, wird von einer geschätzten Jahressumme von ca. 15.000 Absolventen/-innen ausgegangen. Das hieße, dass sich bis 2025 ein rechnerisches Potenzial von 225.000 Fachkräften für alle Felder der Sozialen Arbeit, einschließlich der Kinder- und Jugendhilfe, ergeben würde.

Bilanz des Personalbedarfs und der zu erwartenden Ressourcen der Personaldeckung

Somit sind alle Grundlagen geschaffen, um abschließend zu beurteilen, ob der zu erwartende Bedarf an ausgebildeten Fachkräften für die Kindertageseinrichtungen (270.000) und die anderen Arbeitsfelder (63.000) – insgesamt also ein Bedarf von 333.000 Personen – durch die zu erwartenden Absolventen/innen der Berufsfachschulen, der Fachschulen und der Hochschulen in den nächsten 15 Jahren gedeckt werden kann. In der langfristigen Perspektive legen die Berechnungen den Schluss nahe, dass bezogen auf ganz Deutschland die Ausbildungskapazitäten für den Personalbedarf in Kindertageseinrichtungen eigentlich ausreichen müssten (vgl. Tab. 3). Ob der Bedarf an Tagespflegepersonen von ca. 36.000 bis 2013 bzw. von 50.000 bis 2025 gedeckt werden kann, wird nicht so sehr vom Angebot der Qualifizierungskurse abhängen, sondern davon, ob genügend geeignete Personen motiviert werden können, Kindertagespflege anzubieten und ob vor Ort die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden.

In den »anderen Arbeitsfeldern« der Kinder- und Jugendhilfe beträgt der Anteil der hochschulausgebildeten Fachkräfte ca. 40%. Daraus kann geschlossen werden, dass der Gesamtersatzbedarf von insgesamt rund 63.000 Personen zwischen 2010 und 2025 mit rund 25.000 Personen mit Hochschulausbildung gedeckt werden müsste. Das bedeutet: Von dem angenommenen Ausbildungsvolumen von 225.000 würden 11% für die Kinder- und Jugendhilfe benötigt. Die verbleibenden 60% des Fachkräftebedarfs von rund 38.000 Erziehern/-innen innerhalb von 15 Jahren müssten über die Kapazitäten der Fachschulen gedeckt werden können.

Dies gilt allerdings nur unter zwei Voraussetzungen: erstens, dass sich die Nachfrage bei ausbildungswilligen bzw. studieninteressierten jungen Menschen nach den entsprechenden Studiengängen wie aktuell weiter fortsetzen wird; und zweitens, dass alle bereit sind, dort hinzugehen, wo der Bedarf besteht. Angesichts der Tatsache, dass die Anzahl der jungen Menschen zurückgehen wird und der Fachkräftebedarf in allen Branchen durch die nachwachsende Generation nicht mehr gedeckt werden kann, werden die verschiedenen Branchen die jungen Menschen umwerben. Bei den aktuellen Rahmenbedingungen werden die sozialen und pädagogischen Berufe wahrscheinlich Schwierigkeiten haben, genügend ausbildungswillige und studienwillige junge Menschen zu gewinnen. Die Konsequenz für die Kinder- und Jugendhilfe kann nur sein, dass die Kinder- und Jugendhilfe in diesen Wettbewerb um junge Menschen einsteigen muss.

Die Langfristperspektive verdeckt allerdings den Blick für zwischenzeitliche Engpässe und die Gefahr, dass es regional zu keiner Passung zwischen Personalbedarf und Personaldeckung kommen kann. Der Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige mit der Zielperspektive von jetzt 37% für die unter 3-Jährigen in Westdeutschland wird bis 2013 zu einer sehr angespannten Lage bei der Personalgewinnung führen. Die Berechnungen lassen erwarten, dass durch das Ausbildungssystem voraussichtlich nicht ausreichend Personal ausgebildet werden kann. Die Lücke kann wahrscheinlich nur dadurch geschlossen werden, dass den aktuellen Beschäftigten längere Beschäftigungszeiten angeboten werden, die Übergangsquote von den Fachschulen in den Bereich der Kindertageseinrichtungen noch erhöht wird, die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass ältere Mitarbeiter/-innen so lange wie möglich in den Beschäftigungsverhältnissen bleiben und einschlägig Ausgebildete für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen wieder gewonnen und durch Weiterbildungsangebote erneut auf die pädagogische Arbeit, insbesondere mit unter 3-Jährigen, vorbereitet werden.

Rein rechnerisch wird es nach 2013 auch zu Personalüberhängen, insbesondere in Ostdeutschland kommen. Inwieweit es gelingt, diese Fachkräfte zu motivieren, in andere Bundesländer zu »wandern«, wird sich zeigen. Insgesamt wird es somit in der Kinder- und Jugendhilfe zu vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten aufgrund des Ausbaus U3 sowie des Generationenwechsels beim aktuellen Personal kommen. Die zu erwartende Beschäftigungssicherheit für einen interessanten und erfüllenden Beruf im Umgang mit Menschen sollte öffentlich deutlich kommuniziert werden. Gleichzeitig müssen aber auch Anstrengungen unternommen werden, die Arbeitsbedingungen im Vergleich zu anderen Branchen attraktiver zu gestalten.

Matthias Schilling

Tab: 3: Gegenüberstellung der Ausbildungskapazitäten und des Personalbedarfs in Kindertageseinrichtungen in West- und Ostdeutschland (2010-2025; Angaben absolut)

	Westdeutschland			*Ostdeutschland*		
	2010 bis 2013	2013 bis 2025	2010 bis 2025	2010 bis 2013	2013 bis 2025	2010 bis 2025
Absolventen/-innen, die voraussichtlich in Kitas Beschäftigung finden werden						
Erzieher/-innen	30.859	131.954	162.812	10.884	51.952	62.835
Kinderpfleger/-innen/ Sozialassistenten*	7.146	57.744	64.890	/	/	/
Frühpädagogische Hochschulausbildung	2.100	8.400	10.500	600	2.400	3.000
Gesamtpotenzial für die Bedarfsdeckung	40.104	198.098	238.202	11.484	54.352	65.835
Personalbedarf gemäß Tabelle 1						
Anzahl der Personen	67.874	169.651	237.526	9.007	22.264	31.271
Saldo	**-27.770**	**28.446**	**676**	**2.476**	**32.088**	**34.564**

*Diese Absolventen/-innen wurden nur in den Ländern berücksichtigt, in denen sie auch in Kindertageseinrichtungen beschäftigt werden.
Quelle: Erzieherinnen/Kinderpflegerinnen/Sozialassistentinnen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen 2008/2009, Wiesbaden 2009 sowie ergänzende Tabellen zur Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen 2008/2009; Länderergebnisse der Statistischen Landesämter (zusammengestellt vom Forschungsverbund DJI/TU Dortmund); eigene Berechnungen

Familien mit Migrationshintergrund als Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe

Das Zusammenleben verschiedener Kulturen gehört längst zur gesellschaftlichen Normalität. Damit verbundene interkulturelle Differenzen stellen Chancen und Risiken zugleich für ein Gemeinwesen dar, zumal die Gruppe der Personen mit einem Migrationshintergrund selbst in hohem Maße heterogen und keineswegs per se von Benachteiligungen betroffen ist. Migration bedeutet somit auf der einen Seite Bereicherung, ist aber auf der anderen Seite auch mit Spannungen und Widersprüchen verbunden. Dies stellt nicht zuletzt auch das Bildungs- und Erziehungswesen vor besondere Herausforderungen. Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, einen Beitrag zur Integration und Zusammenführung zu leisten. Dabei geht es auch um eine Verbesserung der Situation von jungen Menschen und ihren Familien mit einem Migrationshintergrund. Wie kulturell heterogen ist aber Kindheit und Jugend in Deutschland und inwieweit ist das in Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe angekommen? Wie sind hier die Zugänge organisiert und wie passgenau sind die Angebote?

Hinweise zur zunehmenden Bedeutung der Lebenslage Migration

Für das Jahr 2009 weist das Statistische Bundesamt aus, dass 19,2% der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund haben. Bei den jungen Menschen im Alter von unter 25 Jahren liegt dieser Anteil mit 28% deutlich höher und für die unter 5-Jährigen werden bereits 34% erreicht (vgl. StaBu 2010a). Schon diese Altersverteilung weist auf die besondere Rolle des gesellschaftlichen Akteurs Kinder- und Jugendhilfe und die damit verbundenen Herausforderungen hin.

Zieht man mit Blick auf zukünftige Entwicklungen weitere Resultate der amtlichen Statistik hinzu, so spricht einiges dafür, dass die Zahl der Personen mit einem Migrationshintergrund weiter zunimmt. Da wären zum einen die benannten Hinweise aus der Altersverteilung, zum anderen zeigen bereits die Entwicklungen der letzten Jahre, dass laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes zwischen 2005 und 2009 die Gruppe mit einem Migrationshintergrund größer geworden (+4,3%), während die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zurückgegangen ist (-1,2%). Und nicht zuletzt geht auch das Statistische Bundesamt im Rahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen von einem positiven Wanderungssaldo für die nächsten Jahrzehnte in Deutschland aus (vgl. StaBu 2009).

Bundesweite offizielle Vorausberechnungen zu den Entwicklungen der nächsten Jahre liegen zwar nicht vor, doch immerhin haben einzelne Bundesländer diesbezüglich Berechnungen vorgelegt. So kommt z.B. das Land Bayern zu dem Ergebnis, dass zwischen 2007 und 2020 die Zahl der Personen mit einem Migrationshintergrund um 23% steigen wird (vgl. BLSD 2010). Und auch für Nordrhein-Westfalen geht das Statistische Landesamt für den Zeitraum 2006 bis 2020 von einer Zunahme um bis zu 11% aus (vgl. Ströker 2007).

Regional stellen sich die aktuellen und offensichtlich weiter zunehmenden Integrationsaufgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nicht gleichermaßen. Wirft man hierzu jenseits der bekannten Länderdifferenzen noch einmal einen Blick in die Ergebnisse des Mikrozensus, so zeigt sich, dass der Anteil der Personen mit einem Migrationshintergrund 2009 in Ballungsräumen mit 24% doppelt so hoch liegt wie in ländlichen Räumen. Je nach Gemeindegrößenklasse variiert dieser Anteil sogar zwischen 6% in den kleinsten Gemeinden bis 2.000 Einwohnern und 29% in Großstädten mit Einwohnerzahlen von 500.000 und mehr. Heruntergebrochen auf die Kinder- und Jugendlichen heißt dies laut Bildungsbericht, dass bei den unter 15-Jährigen für einzelne Ballungsräume der Migrantenanteil bei über 50%, bei unter 3-Jährigen sogar bei über 70% liegen kann (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010).

Kinder- und Jugendhilfe – junge Menschen mit Migrationshintergrund in ausgewählten Arbeitsfeldern

Die Arbeit mit Migranten ist für die Soziale Arbeit im Allgemeinen sowie die Kinder- und Jugendhilfe im Besonderen ein fester Bestandteil ihres Aufgabenspektrums. Dies wird sich nicht verändern. Die demografischen Angaben weisen eher darauf hin, dass das Thema Migration bzw. die Arbeit mit jungen Menschen und deren Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe noch an Bedeutung gewinnen wird. Folglich werden sich Fragen nach dem Kinder- und Jugendhilfebedarf, nach den Zugängen zu den Strukturen und Leistungen, aber auch nach der Passgenauigkeit der Angebote weiter stellen. Doch was bedeutet dies im Einzelnen für Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe?

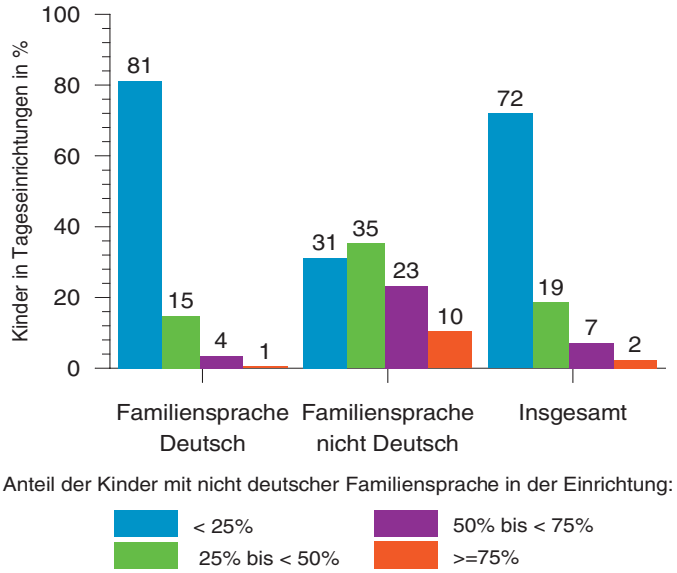
Kindertagesbetreuung

Heutzutage haben laut amtlicher Kinder- und Jugendhilfestatistik rund 25% der Kinder bis unter 7 Jahren, die Angebote öffentlicher Kindertagesbetreuung nutzen, einen Migrationshintergrund, d.h. mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft. Bei den unter 3-Jährigen liegt der Anteil bei 16,2%, bei den Kindern im Kindergartenalter bei 27,4%. Damit partizipieren diese Kinder jedoch nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils an frühkind-

licher Bildung, Betreuung und Erziehung. Dies verdeutlicht die Bildungsbeteiligungsquote, bei der Bildungsteilnehmer/-innen in Bezug zur altersentsprechenden Bevölkerung gesetzt werden (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Besonders groß ist der Unterschied in der Beteiligungsquote bei Kindern unter 3 Jahren. In dieser Altersgruppe besuchen laut Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes vom 24. März dieses Jahres 12,2% der Kinder mit Migrationshintergrund eine Tageseinrichtung oder eine Tagespflege, von den Kindern ohne Migrationshintergrund immerhin 27,7%. Gründe für diese ungleichen Anteile dürften vor allem im unterschiedlichen Erwerbsverhalten von Müttern mit und ohne Migrationshintergrund sowie in den divergierenden kulturellen Vorstellungen über Erziehung und Arbeitsteilung innerhalb der Familie liegen. Aber auch Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt sind, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, noch immer leicht unterrepräsentiert. Lässt man einmal die bestehenden Länderunterschiede außer acht, dann nehmen deutschlandweit rund 95% der Kinder ohne Migrationshintergrund die Angebote der Kindertagesbetreuung in Anspruch. Damit ist im Kern eine ›Vollversorgung‹ erreicht. Dagegen nutzen lediglich knapp 86% der Kinder mit Migrationshintergrund ein solches Angebot. Immerhin ist die Beteiligungsquote von Kindern unter 6 Jahren mit Migrationshintergrund gestiegen: Zwischen 2009 und 2010 um gut zwei Prozentpunkte, wobei dieser Anstieg stärker auf die Kinder im Kindergartenalter zurückgeht als auf die unter 3-Jährigen. Die Unterrepräsentanz der Kinder mit Migrationshintergrund steht jedoch im Widerspruch zu Befunden, wonach ihre Eltern der Tagesbetreuung eine ebenso hohe Bedeutung beimessen wie Eltern ohne Migrationshintergrund; im Hinblick auf die Vorbereitung auf die Schule schätzen sie diese sogar noch höher ein (vgl. Berg-Lupper 2006). Allerdings gehen ihre Kinder häufig erst später, also im Alter von 4 Jahren, in den Kindergarten. Dies zeigen auch verschiedene Studien zum migrationsspezifischen Nutzungsverhalten (vgl. Fuchs/Peucker 2006). Umso schwerer wiegen Befunde aus Analysen mit Schuleingangsuntersuchungen, wonach sich eine kürzere Besuchsdauer ungünstig auf die Kompetenzentwicklung dieser Kinder im Bereich der Sprache und der allgemeinen Entwicklung auswirken (vgl. Biedinger/Becker 2010).

Eine besondere Herausforderung stellt im Rahmen der Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit die ›ethnische Segregation‹ in Kindertageseinrichtungen dar (vgl. Abb. 1). In Westdeutschland besuchte zuletzt fast jedes dritte Kind mit nichtdeutscher Familiensprache eine Einrichtung, in der die Mehrzahl der Kinder zu Hause ebenfalls kein deutsch spricht. Dadurch entstehen Settings, in denen Kinder mit Migrationshintergrund im Hinblick auf eine entsprechende Sprachförderung nicht mehr optimal und alltagsnah unterstützt werden können. M.a.W.: Die Tagesbetreuung kann ihr Potenzial für die Förderung der Kinder nicht bestmöglich entfalten. So ist es nicht verwunderlich, wenn die Sprachfähigkeit der Kinder mit Migrationshintergrund zu Schulbeginn deutlich eingeschränkt ist, sofern sie eine stark segregierte Einrichtung besucht haben (vgl. Biedinger/Becker 2010). Insbesondere eine Konzentration auf die eigene ethnische Gruppe wirkt sich nachteilig aus. Also gerade jene Kinder, deren Bildungschancen am stärksten verbessert werden sollten, profitieren am wenigsten in der erhofften Weise.

Abb. 1: Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder nach ihrer Familiensprache und dem Anteil aller Kinder in der Einrichtung mit nichtdeutscher Familiensprache (Westdeutschland einschl. Berlin; 2010; in %)



Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2010; eig. Berechnungen

Derweil ist Segregation nicht ausschließlich als Folge der Bevölkerungszusammensetzung des Wohnumfeldes zu sehen und damit dem Einfluss der sozialpädagogischen Akteure vor Ort entzogen. Vielmehr basiert sie auch auf Bildungsentscheidungen der Eltern. So folgen Eltern türkischer Herkunft häufiger den »vorstrukturierten Möglichkeiten der Wohnumgebung« (vgl. Becker 2010, S. 43), während Eltern ohne Migrationshintergrund auf weniger stark segregierte Einrichtungen ausweichen. Eine wichtige Einflussgröße ist dabei die Informiertheit der Eltern über Kindertagesbetreuung. Je besser Eltern informiert sind, desto seltener wählen sie Einrichtungen mit einem hohen Migrantenanteil. Diese Befunde legen nahe, zukünftig – neben der dringend erforderlichen Erhöhung der Personalkapazitäten (vgl. hierzu auch die Initiative »Frühe Chancen« der Bundesregierung unter: www.bmfsfj.de) – noch mehr Wert auf eine gute Informationspolitik in den Kommunen zu legen, auch unter Einsatz mehrsprachiger Medien oder muttersprachlicher Multiplikatoren/-innen. Zumindest projektförmige Vorbilder existieren bereits – allein: Es fehlt noch an einer flächendeckenden Umsetzung (vgl. Neumann 2005).

Hilfen zur Erziehung

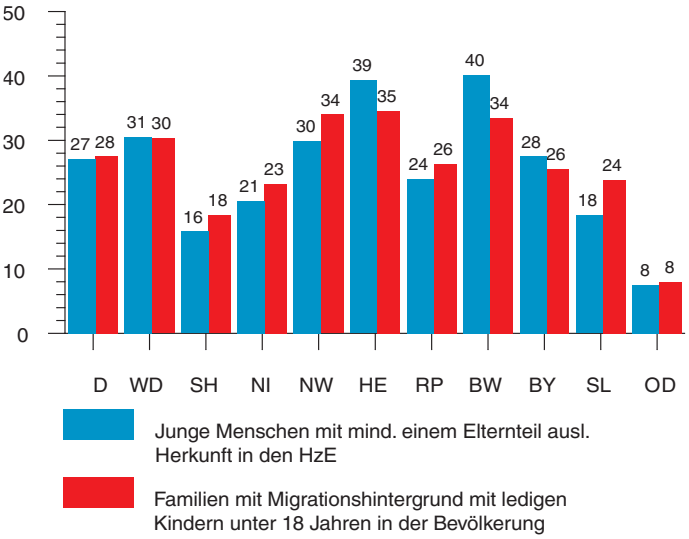
Wie viele Hilfen zur Erziehung?

Bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfen zur Erziehung zeigt sich – lässt man die Erziehungsberatung unberücksichtigt –, dass im Jahre 2009 etwa 27 % der von den Hilfen erreichten unter 21-Jährigen einen Migrationshintergrund aufweisen. Hierbei wird das Erhebungsmerkmal »mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft« als Hinweis auf den Migrationshintergrund zugrundegelegt. Damit liegt die Inanspruchnahme von über den Allgemeinen Sozialen Dienst der Jugendämter organisierten Hilfen zur Erziehung seitens der Familien mit Migrationshintergrund kaum niedriger als deren Anteil in der Bevölkerung insgesamt. Hier beträgt der Anteil laut Mikrozensus für das Jahr 2008 rund 28 %.

Allerdings variieren diese Befunde regional allein bei Betrachtung der Länderunterschiede. So reicht für Westdeutschland der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund in den Hilfen zur Erziehung von 16 % in Schleswig-Holstein bis zu 40 % in Baden-Württemberg. Unterschiede zeigen sich auch bei der Differenz zwischen dem Anteil in der Bevölkerung und in den erzieherischen Hilfen. In Ländern wie Baden-Württemberg (+7 Prozentpunkte) und Hessen (+5 Prozentpunkte) sind die jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den erzieherischen Hilfen überrepräsentiert, während junge Menschen und deren Familien mit einem Migrationshintergrund im Saarland (-6 Prozentpunkte) oder auch dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen (-4 Prozentpunkte) unterrepräsentiert sind (vgl. Abb. 2).

Nicht alle Angebote des Leistungsspektrums der Hilfen zur Erziehung werden gleichermaßen von jungen Menschen und deren Familien mit einem Migrationshintergrund – unter der Perspektive der ausländischen Herkunft der Eltern – in Anspruch genommen. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen familienunterstützenden und -ergänzenden Leistungen mit einem Anteil von 29% einerseits sowie den familienersetzenden Hilfen mit 22% andererseits. Besonders niedrig fällt dieser Wert für die Vollzeitpflege aus (20%). Betrachtet man den Anteil der jungen Menschen in den erzieherischen Hilfen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, fällt dieser mit 14% wesentlich geringer aus als bei dem Merkmal »Herkunft der Eltern«. Gleichwohl zeigen sich auch bei dem Merkmal ähnliche hilfeartspezifische Unterschiede wie bei der Herkunft.

Abb. 2: Hilfen zur Erziehung (§§ 27,2, 29-35/41 SGB VIII) nach Migrationshintergrund (2009) im Vergleich zur altersentsprechenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund (2008) (Ausgewählte Bundesländer; Angaben in %)

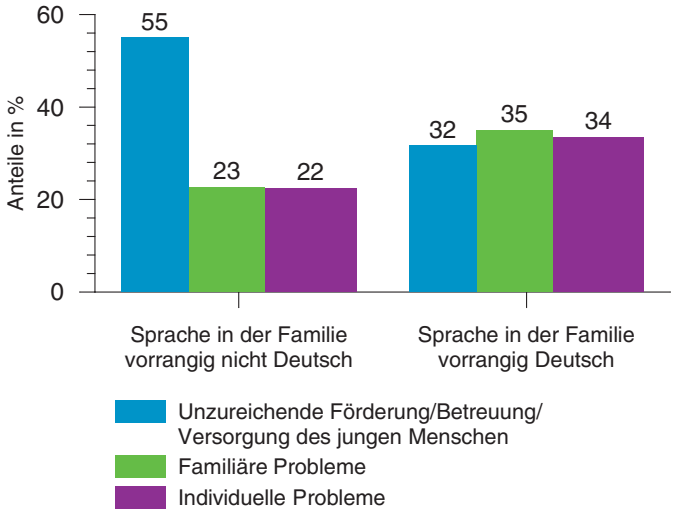


Abkürzungen: D = Deutschland, WD = Westdeutschland, SH = Schleswig-Holstein, NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, HE = Hessen, RP = Rheinland-Pfalz, BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, SL = Saarland, OD = Ostdeutschland.
Methodische Hinweise: Das Migrationskonzept der Kinder- und Jugendhilfestatistik ist nicht identisch mit den veröffentlichten Daten des Mikrozensus. Eine Auswertung der Einzeldaten des Scientific-Use-File für das Jahr 2007 hat gezeigt, dass die Abweichungen für die Darstellung hier allerdings zu vernachlässigen sind. Ausführlich ist in der Kom^{Dat}-Ausgabe 1/09 auf die unterschiedlichen Migrationskonzepte in den beiden amtlichen Statistiken mit Blick auf die Hilfen zur Erziehung eingegangen worden. Länderergebnisse des Mikrozensus zu Familien mit Migrationshintergrund mit minderjährigen Kindern liegen für das Jahr 2009 bislang nicht vor.
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen 2009; Mikrozensus 2008; eig. Berechnungen

Warum Hilfen zur Erziehung?

Bei einem Vergleich der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung bei Familien mit und ohne Migrationshintergrund werden migrationsspezifische Unterschiede insbesondere bei den Gründen deutlich. Diese fallen mit Blick auf das Merkmal »Sprache« noch deutlicher aus als bei dem Merkmal »Herkunft der Eltern«. So werden Hilfen zur Erziehung für Familien, in denen zu einem überwiegenden Teil kein Deutsch gesprochen wird, häufiger aufgrund einer unzureichenden Förderung, Betreuung bzw. Versorgung in Anspruch genommen (vgl. Abb. 3). Bei 55% der Fälle liegt der Hauptgrund in der Unversorgtheit des jungen Menschen, einer unzureichenden Förderung oder Betreuung oder auch einer konkreten Gefährdung des Kindeswohls. Zum Vergleich: Bei Familien, in denen vorrangig Deutsch gesprochen wird, liegt dieser Anteil bei 32%.

Abb. 3: Hilfen zur Erziehung (§§ 27,2, 29-35/41 SGB VIII) nach Migrationshintergrund (Sprache) und Gründen für die Hilfegewährung (Deutschland; 2009; begonnene Hilfen, Angaben in %, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen 2009; eig. Berechnungen

Nun ist sicherlich die Sprache Deutsch kein Qualitätskriterium für eine angemessene Versorgung bzw. Förderung der Kinder. Vielmehr könnte dieses Ergebnis darauf hindeuten, dass die Lebenslagen dieser Familien mit einem Migrationshintergrund in besonderer Weise ökonomisch prekär sind. So kann auf Grundbedürfnisse der Kinder aus materiellen Gründen nicht angemessen eingegangen werden. Gestützt wird diese These immerhin durch den Befund, dass der Anteil der Haushalte mit einem Transfergeldbezug bei diesen Familien mit 64% besonders hoch ausfällt.

Zu beachten ist allerdings auch, dass der erhöhte Anteil dieses Themenbündels bei den Hilfen zur Erziehung für Familien, in denen kein Deutsch gesprochen wird, das Ergebnis von Wahrnehmungen und Problemzuschreibungen der Fachkräfte im ASD darstellt. Sofern man dies in Rechnung stellt, könnten noch ganz andere Gesichtspunkte für die unterschiedliche Verteilung der Gründe bei der Inanspruchnahme einer Hilfe zur Erziehung bei Familien mit und ohne Migrationshintergrund ausschlaggebend sein. Dies gilt umso mehr, wenn man davon ausgeht, dass in den Haushalten, in denen kein Deutsch gesprochen wird, Verständigungsprobleme mit den Fachkräften eher die Regel als die Ausnahme sein dürften. Wenn die sprachliche Kommunikation sich aber zumindest schwierig gestaltet, dann bleibt für die Fachkräfte möglicherweise für die Einschätzung eines angemessen Hilfebedarfs in erster Linie das, was mit dem »Auge« zu erkennen ist bzw. was als Vorrannahmen in die Arbeit der Fachkräfte einfließt.

Kinder- und Jugendarbeit

Angebote der Kinder- und Jugendarbeit werden von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unterschiedlich stark in Anspruch genommen. Zwar fehlen hierüber – anders als für die Kindertagesbetreuung oder die Hilfen zur Erziehung – entsprechende Daten der KJH-Statistik, gleichwohl bestätigen dies empirische Untersuchungen aus den letzten Jahrzehnten.

Blickt man zunächst in den Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, so ist der Anteil von Besuchern/-innen mit einem Migrationshintergrund in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit seit den 1980er-Jahren gestiegen (vgl. Schmidt 2011). Aktuelle lokale Studien – insbesondere in größeren Städten – weisen dabei schon einmal Anteile von über 50% aus. Für Nordrhein-Westfalen lag dieser Wert zuletzt (2008) bei 42% der Stammbesucherschaft offener Einrichtungen (vgl. LVR/LWL 2010). Dabei handelt es sich vor allem um männliche Jugendliche und junge Männer.

Während in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit junge Menschen mit einem Migrationshintergrund zahlreich vertreten sind, stellt sich die Situation für die Jugendverbandsarbeit ganz anders dar. Personen mit einem Migrationshintergrund sind hier deutlich unterrepräsentiert. Das zeigt sich nicht nur anhand der Zahlen zu den Jugendleiter/-innen (vgl. Pothmann/Sass, i.d.H.); auch eine Befragung der Jugendverbände durch das Deutsche Jugendinstitut bestätigt, dass eine interkulturelle Öffnung der Organisationen und der »Jugendverbandsszene« zwar diskutiert und propagiert wird, sich allerdings bislang kaum in der Realität wiederfindet (vgl. Seckinger u.a. 2009). So lag – mitunter auf der Basis von Schätzungen der befragten Jugendverbände – der Anteil der Mitglieder mit einem Migrationshintergrund bei 76% der befragten Jugendverbände bei weniger als 5%.

Resümee

Klaus Mollenhauer (1996) konstatierte bereits in den 1990er-Jahren, dass die Auseinandersetzung mit unterschiedlicher kultureller Herkunft als eine der zukünftigen Herausforderungen für das Erziehungssystem insgesamt angesehen werden sollte. Dies bestätigen 15 Jahre später die Einblicke in die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe. Wenn auch noch nicht überall gleichermaßen, so gehört doch Interkulturalität weitestgehend zur Normalität der Kinder- und Jugendhilfe. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht auch Unterschiede bei der Nutzung und Inanspruchnahme von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund gibt. Das Gegenteil trifft zu. Hierbei hat sich gezeigt, dass oftmals Unterschiede beim Inanspruchnahmeverhalten weniger an der Herkunft der Eltern als vielmehr an der in der Familie gesprochenen Sprache festgemacht werden können.

Die Kenntnisnahme dieser empirischen Befunde ist eine notwendige Voraussetzung, um auf besondere Lebenslagen und insbesondere damit verbundene Benachteiligungen für junge Menschen und deren Familien mit einem Migrationshintergrund hinzuweisen. Die Darstellung der Ergebnisse darf nicht zu Diskriminierung führen, sondern stellt eine wichtige Datengrundlage dar, um Teilhabemöglichkeiten für junge Menschen und deren Familien mit den Mitteln der Kinder- und Jugenhilfe generell zu verbessern.

Bei entsprechenden Analysen kann es allerdings nicht allein darum gehen, eine »angemessene« Quote für Kinder, Jugendliche und ihre Familien mit Migrationshintergrund zu erreichen. Die Kinder- und Jugendhilfe kann nicht bei der Frage stehen bleiben, inwieweit junge Menschen und deren Familien mit Migrationshintergrund besser erreicht werden können. Vielmehr muss darüber nachgedacht werden, wie mit Familien aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe gearbeitet wird. Eine interkulturell offene Kinder- und Jugendhilfe bedeutet somit, Zugänge für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu schaffen, passgenaue Angebote zu organisieren sowie migrationssensible Koproduktionsprozesse zu gestalten.

Kirsten Fuchs-Rechlin, Jens Pothmann, Agathe Wilk

Die Dynamik der Ausgabensteigerungen in der Kinder- und Jugendhilfe wird anhalten

In der Fachöffentlichkeit wird viel über dringend anstehende Bedarfe in der Kinder- und Jugendhilfe diskutiert. Dies sind insbesondere die Betreuungsplätze für unter 3-Jährige zur Vorbereitung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab August 2013 sowie die familienunterstützenden und -ergänzenden Hilfen, die im Rahmen des Kinderschutzes intensiv diskutiert werden. All dies bedeutet für die öffentlichen Haushalte zusätzliche Ausgaben. Etwa ein Jahr nach dem Abschluss der öffentlichen Haushalte wird in Euro und Cent aufgelistet, welche Ausgaben durch die zusätzlichen Aufgaben verursacht wurden. Inzwischen liegen die Ausgabensteigerungen für das Jahr 2009 vor. Da noch mit weiter steigenden Bedarfen – insbesondere beim Ausbau U3 – zur rechnen ist, wird im Folgenden zur Ergänzung der aktuellen Ausgabensituation eine Hochrechnung für den Bereich der Kindertagesbetreuung bis ins Jahr 2014 vorgenommen.

Die Gesamtentwicklung

Nachdem die Ausgaben für die Kinder und Jugendhilfe, die in den öffentlichen Haushalten nachgewiesen werden, zwischen 2007 und 2008 bereits um 1,7 Mrd. Euro gestiegen sind, haben die Ausgaben zwischen 2008 und 2009 noch einmal um weitere 2,3 Mrd. Euro zugenommen. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung um 9,4% (vgl. Tab. 1). Im Jahr 2009 wurden für die Kinder- und Jugendhilfe damit 26,9 Mrd. Euro ausgegeben. Davon wurden 2,6 Mrd. durch Einnahmen gedeckt. Somit verbleiben für das Haushaltsjahr 2009 rund 24,3 Mrd. Euro als sogenannte »reine Ausgaben« der öffentlichen Haushalte, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung um 9,2% entspricht. Die Zunahme bei den finanziellen Aufwendungen fällt in Ostdeutschland mit 10,7% höher aus als in Westdeutschland mit 9,3%.

Grundsätzlich muss bei den Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt werden, dass diese zum Großteil Personalkosten sind und somit die Entwicklungen bei den Tarifverdiensten ebenfalls eine Rolle spielen. Zwischen 2008 und 2009 sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) die durchschnittlichen Tarifverdienste im Sozialwesen um 2,6% in Ostdeutschland und um 3,4% in Westdeutschland gestiegen.[1] Dies weist darauf hin, dass ein nicht unerheblicher Teil der Ausgabensteigerungen auf die Veränderungen der Tarifverdienste zurückzuführen ist. Neben diesem Faktor müssen bei der Erklärung der Ausgabensteigerung die Ausweitungen der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der Frühkindlichen Bildung, der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfen berücksichtigt werden. Auf diese Entwicklungen in den Arbeitsfeldern wird noch einmal zurückzukommen sein.

Tab. 1: Ausgaben und Einnahmen für die Kinder- und Jugendhilfe (Deutschland, West- und Ostdeutschland; 2008, 2009; in Mio. Euro)

	2008	2009	Veränderung	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	abs.	in %
Ausgaben insgesamt	24.593	26.907	2.313	9,4
davon:				
Westdeutschland (+ Berlin)	20.371	22.275	1.905	9,3
Ostdeutschland	3.975	4.399	424	10,7
Oberste Bundesjugendbeh.	248	233	-16	-6,3
Einnahmen insgesamt	2.342	2.615	273	11,7
Reine Ausgaben insgesamt	22.252	24.292	2.040	9,2

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eig. Berechnungen

1 Angaben zur Entwicklung der Tarifverdienste im Sozialwesen sind verfügbar in der vom Statistischen Bundesamt gepflegten Datenbank »Genesis-Online« (www.genesis.destatis.de >> Themen >> Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch).

Anstieg der Aufwendungen, insbesondere durch den ›U3-Ausbau‹

Die zentrale Erklärung für den Ausgabenanstieg von insgesamt 2,3 Mrd. Euro zwischen 2008 und 2009 sind bei den Aufwendungen für die Kindertagesbetreuung zu suchen. Allein in diesem Bereich wurden im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 in Deutschland 1,7 Mrd. Euro mehr ausgegeben (vgl. Tab. 3). Die nachgewiesenen Ausgaben belaufen sich für den Bereich der Kindertagesbetreuung inzwischen auf 16,2 Mrd. Euro. Durch Elternbeiträge und sonstige Einnahmen werden aus Sicht der öffentlichen Haushalte etwa 1,6 Mrd. Euro eingenommen, so dass für die öffentlichen Haushalte reine Ausgaben in Höhe von 14,6 Mrd. Euro verbleiben.

Bei der Beurteilung der Ausgabensteigerungen in der Kindertagesbetreuung sind drei Bereiche zu unterscheiden:

- laufende Betriebskosten der Einrichtungen, die in besonderem Maße durch die Erhöhung des Angebots für unter 3-Jährige verursacht werden,
- Investitionskosten zur Schaffung neuer und Aufrechterhaltung vorhandener Plätze in Tageseinrichtungen und
- laufende Ausgaben für die Kindertagespflege.

Laufende Betriebskosten

Die laufenden Betriebskosten für Plätze aller Altersgruppen sind zwischen 2008 und 2009 um 1,2 Mrd. Euro gestiegen, eine prozentuale Steigerung um 8,8% (vgl. Tab. 2). In den westlichen Bundesländern liegt die Steigerung im Durchschnitt bei 8,3%. Zwischen den Ländern zeigen sich allerdings erhebliche Differenzen. Diese reichen von leichten Rückgängen im Saarland und in Schleswig-Holstein bis hin zu deutlichen Steigerungen von mehr als 10% in Niedersachsen (+12,9%), Bayern (+10,8%) und Hamburg (+10,6%). Der Rückgang in Schleswig-Holstein (2,7%) kann nicht mit der Stagnation des »Ausbaus U3« erklärt werden, da die Angebote in Einrichtungen zwischen den Jahren deutlich gestiegen sind. Wahrscheinlich verbergen sich hinter den rückläufigen Ausgaben demografische Rückgänge im Bereich der Kindergärten. Im Saarland stagnierte zwischen 2008 und 2009 der Ausbau der Angebote in Einrichtungen, so dass die geringfügig rückläufigen Angaben bei den Betriebskosten (-1,3%) hoch plausibel sind (vgl. Schilling 2011).

In den östlichen Ländern sind ebenfalls deutliche Ausgabensteigerungen bei den laufenden Betriebskosten zu verzeichnen, einhergehend mit nennenswerten Ausweitungen des Angebotes für unter 3-Jährige. So wurde z.B. in Sachsen das Angebot für unter 3-Jährige um 10% gesteigert (+3.300 Plätze), und die Ausgaben für den laufenden Betrieb sind um 12% gestiegen.

Investitionskosten

Erwartungsgemäß sind die Investitionskosten zwischen 2008 und 2009 erheblich angestiegen. Wurden im Jahr 2008 in Deutschland 530 Mio. Euro aufgewendet, waren es im Jahr 2009 bereits 960 Mio. Euro – ein Zuwachs um 81% (vgl. Tab. 2). Einen gewichtigen Anteil an diesen Ausgabensteigerungen hat mit Sicherheit das Investitionsprogramm des Bundes zum Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige. Deutlich stärker sind mit 88% die Zunahmen in Westdeutschland gegenüber 65% in Ostdeutschland ausgefallen. Zugleich gibt es zwischen den Ländern erhebliche Differenzen. Die umfangreichsten Investitionen mit 225 Mio. Euro und 175 Mio. Euro wurden in Bayern und Baden-Württemberg getätigt. Die höchsten Investitionen in Ostdeutschland sind in Sachsen mit 133 Mio. Euro zu beobachten.

Tab. 2: Entwicklung der Ausgaben zwischen 2008 und 2009 für die Kindertagesbetreuung nach ausgewählten Ausgabenpositionen (Bundesländer; 2008, 2009; Angaben in 1.000 Euro und in %)

	2009	Veränderung zu 2008	
	in Mio. Euro	absolut	in %
Kindertagesbetreuung			
D[1]	16.223	1.725	11,9
W[2]	13.144	1.347	11,4
O	3.068	374	13,9
Davon:			
Ausgaben für Investitionen			
D[1]	959	430	81,2
W[2]	712	332	87,6
O	247	97	65,0
Kindertagespflege			
D[1]	340	92	37,3
W[2]	270	82	43,5
O	70	10	17,5
Laufende Betriebskosten in Einrichtungen			
D[1]	14.925	1.203	8,8
W[2]	12.163	933	8,3
O	2.752	267	10,7
Darunter: Einnahmen			
D[1]	1.649	196	11,9
W[2]	1.315	196	14,9
O	334	0	0,0

1 Einschließlich der Aufwendungen für die oberste Bundesjugendbehörde. 2 Die Ergebnisse für Westdeutschland beinhalten die Angaben für Berlin.
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2008 und 2009; eigene Berechnungen

Kindertagespflege

Die Ausgaben für die Kindertagespflege mit 340 Mio. Euro im Jahr 2009 stellen zwar nur einen kleinen Teil der Ausgaben im Verhältnis zu den Gesamtausgaben von ca. 16 Mrd. Euro dar (2%), aber auch hier handelt es sich um einen Bereich mit deutlichen Zuwächsen. In Westdeutschland wurden die Ausgaben um 44% gesteigert (vgl. Tab. 2). Da die Anzahl der öffentlich geförderten Tagespflege nur um 15% angestiegen ist, machen die Zahlen auch deutlich, dass pro Tagespflege inzwischen mehr öffentliches Geld eingesetzt wird.

Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und Schutzmaßnahmen

Die Ausgaben für die Hilfen gemäß §§ 27 bis 42 SGB VIII sind zwischen 2008 und 2009 deutlich gestiegen. Im Jahr 2009 wurden für diese Hilfen insgesamt 6,8 Mrd. Euro aufgewendet (25,4% aller Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe). Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Zunahme um fast 700 Mio. Euro, bzw. 11,4% (vgl. Tab. 3).

Grundsätzlich muss bei den Steigerungen in diesem Feld berücksichtigt werden, dass durch die Anforderungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) Personalkosten der Jugendamtsmitarbeiter/-innen in zunehmendem Maße den Produkten zugeordnet werden müssen, für die sie zuständig sind. Entsprechend sind die Ausgaben für das Personal der Jugendhilfeverwaltung um ca. 100 Mio. zurückgegangen, wobei davon auszugehen ist, dass ein Teil dieser Aufwendungen in die Produktkosten der Hilfen gemäß §§ 27 bis 42 SGB VIII verschoben worden sind. Allerdings kann dies nicht näher quantifiziert werden.

Die Ausgabensteigerungen für Hilfen zur Erziehung fallen in Ostdeutschland mit 4,2% geringer aus als in Westdeutschland mit 12,1%. In Ostdeutschland haben wir nur geringe Steigerungen der Ausgaben. Nennenswerte Zuwächse gab es nur bei der SPFH und den Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen.

Die Steigerungen in Westdeutschland sind auf Entwicklungen bei der Heimerziehung, der Vollzeitpflege und bei den ambulanten Hilfen, insbesondere der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) und der so genannten »27,2er-Hilfen« zurückzuführen.[2] Die Ausgabensteigerung bei der Heimerziehung – seit mehreren Jahren die erste Steigerung – korrespondiert mit höheren Unterbringungszahlen, und zwar nicht zuletzt auch wieder bei den unter 6-Jährigen (vgl. Kom^{Dat} 2/10). Hier scheint die öffentliche Debatte um Kindeswohlgefährdungen und den Schutzauftrag des Jugendamtes ihren Niederschlag zu finden. Ähnliches gilt für die Vollzeitpflege.

Bei den ambulanten Hilfen erklärt sich ein Teil der Ausgabenzuwächse ebenfalls über eine steigende Inanspruchnahme von Hilfsangeboten (vgl. Kom^{Dat} 2/10). Zusätzlich ist allerdings die verwaltungsbedingte Zuordnung der Personalkosten zu den Produkten nach den Vorgaben des NKF zu berücksichtigen – z.B. im Falle einer SPFH, die durch Beschäftigte des Jugendamtes geleistet wird.

Tab. 3: Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Hilfen zur Erziehung (§§ 27-35 SGB VIII) , Eingliederungshilfen (§ 35a SGB VIII), Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) und Schutzmaßnahmen (§ 42 SGB VIII) 2008 , 2009 (West- und Ostdeutschland; in Mio. Euro, in %)

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2009	Veränderung zu 2008		2009	Veränderung zu 2008	
	in Mio. Euro	absolut	in %	in Mio. Euro	absolut	in %
Hilfe zur Erziehung	4.853	524	12,1	677	27	4,2
davon:						
Andere erzieherische Hilfen	263	66	33,8	23	-3	-10,0
Institutionelle Beratung	50	3	5,7	17	3	20,5
Soziale Gruppenarbeit	74	5	7,4	6	0	-1,3
Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer	184	29	18,8	26	3	12,2
Sozialpädagogische Familienhilfe	602	126	26,5	77	12	18,0
Erziehung in einer Tagesgruppe	383	31	8,7	45	3	6,8
Vollzeitpflege	711	74	11,7	97	0	0,0
Heimerziehung/sonst. betr. Wohnform	2.493	181	7,8	380	11	2,9
Intensive Soz.päd. Einzelbetr.	93	9	10,5	5	-1	-18,8
Eingliederungshilfe f. seel.behinderte j.M.	596	85	16,6	69	10	17,6
Hilfen für junge Volljährige	454	22	5,2	42	4	9,9
Vorläufige Schutzmaßnahmen	130	27	25,7	16	1	5,4

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2008 und 2009; eig. Berechnungen

2 Gemeint sind damit Hilfen zur Erziehung gem. § 27 SGB VIII oder auch Hilfen für junge Volljährige ohne eine Konkretisierung der Leistung über die §§ 28 bis 35 SGB VIII.

Kinder- und Jugendarbeit

Bundesweit belaufen sich die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit für das Jahr 2009 auf 1,56 Mrd. Euro. Gegenüber dem Jahr 2008 mit 1,54 Mrd. Euro bedeutet dies keine nennenswerte Veränderung. Die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit sind dabei in Westdeutschland auf 1,26 Mrd. Euro und damit um 43 Mio. Euro (+3,5%) gestiegen. Nachdem die Ausgaben noch zwischen 2007 und 2008 wieder leicht angestiegen waren, stellt diese »Nullrunde« für die Kinder- und Jugendarbeit sicherlich eine Enttäuschung dar. In Ostdeutschland sind die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls nur um 3,6% gestiegen.

Bei der Aufschlüsselung der Ergebnisse für die Bundesländer wird deutlich, dass in drei Ländern die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit sogar zurückgegangen sind: Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern. Zuwächse in nennenswertem Umfang gab es lediglich in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Der Blick in die Zukunft – Welche Ausgabensteigerungen sind im Bereich der Kindertagesbetreuung zu erwarten?

Die Steigerung der öffentlichen Ausgaben für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe seit 2006 ist zum größten Teil auf den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige zurückzuführen. Da der Ausbau noch lange nicht abgeschlossen ist, ist auch in den nächsten Jahren mit weiteren Steigerungen zu rechnen. Auf der Grundlage der Ergebnisse von Elternbefragungen in den Jahren 2009 und 2010, die im Zweiten Zwischenbericht der Evaluation des Kinderförderungsgesetzes veröffentlicht aufgeführt sind, ist durchaus zu erwarten, dass ab dem 1. August 2013 Eltern für bis zu 39% ihrer unter 3-jährigen Kinder ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen wollen. Für Westdeutschland wurde eine Durchschnittsquote von 37% und für Ostdeutschland von 51% ermittelt.

Auf der Grundlage dieser Zielperspektive und der Ausgabenentwicklung der letzten Jahre kann berechnet werden, mit welchen Ausgabensteigerungen zu rechnen ist, wenn ein entsprechendes Angebot geschaffen werden würde. Bei der Vorausberechnung sind unterschiedliche Kostenpositionen zu berücksichtigen, die grundsätzlich um eine jährliche Preissteigerung (Inflationsausgleich) von 1,5% erhöht werden. Der Ausgangspunkt der laufenden Betriebskosten für die Plätze für unter 3-Jährige kann nicht direkt der Statistik entnommen werden, da nur die Gesamtsumme aller Ausgaben für Kindertageseinrichtungen erfasst wird. Allerdings kann über das Platzangebot (standardisiert auf Ganztagsbetreuungsäquivalente) für unter 3-Jährige im Verhältnis zu allen Plätzen der Anteil an den Gesamtausgaben für U3 abgeschätzt werden. Für Westdeutschland ergibt sich dabei für das Jahr 2009, dass von den 10,8 Mrd. Euro, die von der öffentlichen Hand aufgebracht werden (Ausgaben abzüglich der Einnahmen), ca. 2 Mrd. für die Plätze für unter 3-Jährige in Einrichtungen eingesetzt werden (vgl. Abb. 1). Wenn die sich daraus ergebenden durchschnittlichen aktuellen Platzkosten mit der Zielperspektive für Westdeutschland, 37% zu erreichen, hochgerechnet werden, ergeben sich laufende Betriebskosten von 4,7 Mrd. Euro für Westdeutschland.

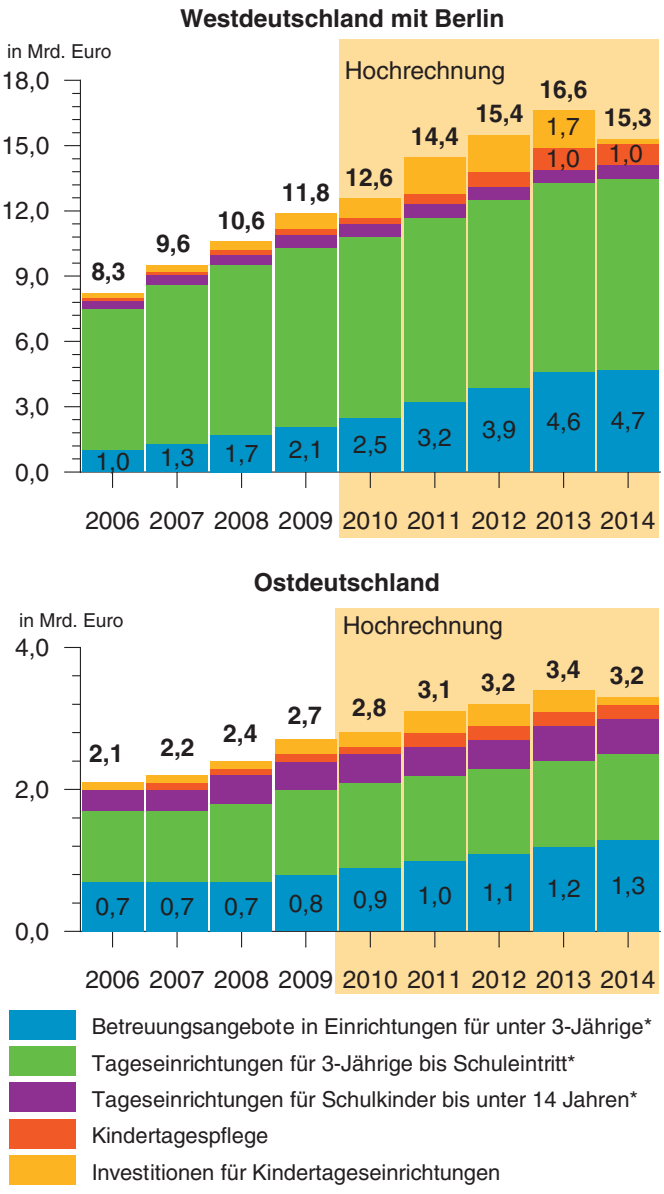
Ebenfalls steigen werden die Ausgaben für die Kindertagespflege. Gemäß dem Finanzierungsmodell des Referentenentwurfs des KiföG wird davon ausgegangen, dass 30% der ab 2009 zu schaffenden Plätze in Kindertagespflege angeboten werden könnten. Unter diesen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung einer jährlichen Preissteigerung von 1,5% würden die Ausgaben in Höhe von ca. 270 Mio. Euro auf ca. 996 Mio. Euro im Jahr 2014 steigen.

Die Hochrechnung der Investitionen für Um- und Neubauten könnte auf der Grundlage der bisherigen durchschnittlichen Ausgaben erfolgen; diese liegen rechnerisch bei ca. 15.000 Euro pro Platz. Da bisher viele U3-Plätze durch Umwandlungen von frei werdenden Kindergartenplätzen vollzogen wurden und künftig verstärkt durch Neubauten geschaffen werden müssen, wird angenommen, dass sich dieser Durchschnittswert auf 20.000 Euro pro Platz erhöhen wird. Somit ergäbe sich, dass das Investitionsvolumen von 711 Mio. Euro im Jahr 2009 in den kommenden Jahren auf ca. 1,45 Mrd. Euro steigen wird. Nach der Ausbauphase ab 2014 ist dann nur noch mit einem Erhaltungsaufwand von jährlich 200 Mio. Euro zu rechnen. Insgesamt ergibt sich in diesem Hochrechnungsmodell, dass die jährlichen Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kindertagesbetreuung von 11,8 Mrd. Euro im Jahr 2009 in Westdeutschland auf ca. 16,6 Mrd. Euro bis zum Ausbauende ansteigen und nach Abschluss der Investitionsphase auf ca. 15,3 Mrd. Euro zurückgehen werden.

Thomas Rauschenbach/Matthias Schilling (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport 3. Bilanz einer empirischen Wende, Weinheim u. München 2011. In diesen Tagen ist der Kinder- und Jugendhilfereport 3 erschienen. Der Band basiert in erster Linie auf Auswertungen und Analysen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Die Beiträge ziehen Bilanz und thematisieren die anstehenden Herausforderungen. Das thematische Spektrum reicht dabei von Untersuchungen der Angleichungsprozesse zwischen der Kinder- und Jugendhilfe in Ost- und Westdeutschland bis zu den immer prekärer werdenden Beschäftigungsverhältnissen des Personals, von Analysen der Hilfen für Kinder mit Behinderungen bis hin zu Fragen der Umsetzung des staatlichen Wächteramtes im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Inobhutnahme. Zudem wird auf zentrale Fragen der Qualitätsentwicklung sowie auf zukünftige Herausforderungen für die Statistik eingegangen.

Für Ostdeutschland wird es zwar ebenfalls einen leichten Anstieg geben, da die Quote der Inanspruchnahme im Modell noch auf 51% steigen wird. Dennoch werden erneute demografische Rückgänge dazu führen, dass nur mit einer Steigerung von 2,7 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 3,2 Mrd. Euro im Jahr 2014 zu rechnen ist.

Abb. 1: Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kindertagesbetreuung in West- und Ostdeutschland 2006 bis 2009 sowie Vorausberechnung für die Jahre 2010 bis 2014



* Anteile für die Altersgruppen auf der Basis der Summe aller vertraglich vereinbarten Betreuungsstunden geschätzt

Quelle: Statistisches Bundesamt: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe 2006-2009, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; eig. Hochrechnung

Fazit

Zusammengefasst zeigen sich für das Jahr 2009 erneut erheblich höhere Gesamtausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe gegenüber dem Vorjahr. Die höchsten Ausgabensteigerungen sind im Bereich der Kindertagesbetreuung mit einem Zuwachs von 1,7 Mrd. Euro zu verzeichnen. Hier machen sich insbesondere die steigenden Ausgaben für den Neubau und Umbau von Einrichtungen zur Schaffung neuer Plätze für unter 3-Jährige bemerkbar. Das Investitionsvolumen lag 2009 bei fast 1 Mrd. Euro, im Jahre 2005 wurden gerade einmal 275 Mio. für Investitionen aufgewendet. Blickt man diesbezüglich in die Zukunft, so ist angesichts des noch nicht abgeschlossenen Ausbaus der Angebote für unter 3-Jährige auch in den nächsten Jahren mit ähnlichen Ausgabensteigerungen zu rechnen. Die Hochrechnungen mit den Zielen, für Westdeutschland eine Quote von 37% und für Ostdeutschland von 51% Plätzen im U3-Bereich zu erreichen, ergibt, dass die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung in Deutschland noch auf etwas mehr als 20 Mrd. Euro steigen werden, um nach der Ausbauphase dann voraussichtlich wieder auf ca. 18,5 Mrd. Euro zurückzugehen.

Neben der ganzen Euphorie über die Verbesserung der Kindertagesbetreuungssituation darf nicht übersehen werden, dass in den anderen Bereichen ebenfalls mit steigenden Ausgaben zu rechnen ist, diese aber nie so genau beziffert werden können. Prognosen über die Veränderung von Risikolagen und daraus erwachsende Hilfebedarfe sind mit viel mehr Unsicherheitsfaktoren verbunden, als Hochrechnungen mit einem klar definierten Ziel.

Matthias Schilling

Die flexible KiTa – Pluralisierte Elternwünsche, institutionelle Erfordernisse und pädagogische Grenzziehungen

Die Kindertagesbetreuung steht aktuell vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Der U3-Ausbau ist in vollem Gang, und inzwischen ist auch die Qualität der Betreuung unter Dreijähriger ins Blickfeld öffentlicher Debatten gerückt. Bislang wenig diskutiert wurden hingegen die Frage der Flexibilisierung der Betreuung und ihre Folgen für die Kindertagesbetreuung.

Allzeitige Verfügbarkeit? Oder: Was Eltern wünschen …

Die Anforderungen, die an die Flexibilität der Kindertagesbetreuung gestellt werden, sind erheblich gestiegen. So zeigen Elternbefragungen, dass die Betreuungswünsche von Eltern – gerade bei den unter Dreijährigen – außerordentlich heterogen sind. Sie reichen von wenigen Stunden pro Woche bis hin zu einer Ganztagsbetreuung (vgl. BMFSFJ 2011). Kindertagesbetreuung soll an jedem Wochentag und zu jeder Tageszeit zur Verfügung stehen, um Familien bei der Bewältigung ihres Alltags, insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu unterstützen. Im Umkehrschluss heißt dies aber auch: Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle, mit der Zunahme atypischer Beschäftigungszeiten, mit erhöhten Mobilitätsanforderungen an Erwerbstätige steigt auch der Bedarf an flexibel gestaltbarer Kindertagesbetreuung.

Die Betreuungswünsche sind jedoch nicht nur heterogen, sie zeigen vor allem auch eine Abkehr von klassischen Betreuungszeiten. Insbesondere bei den unter dreijährigen Kindern überwiegen auf Seiten der Eltern kurzzeitige Betreuungswünsche. Eltern möchten ihre Kinder in diesem Alter möglichst häufig selbst betreuen, wofür insbesondere die Mütter auch beruflich ›kürzer treten‹ und einer Teilzeitarbeit nachgehen. Dementsprechend wünschen sich Mütter unter dreijähriger Kinder zu 45% eine Betreuung für einzelne Wochentage und zu 34% eine Betreuung an allen Wochentagen, aber jeweils nur für wenige Stunden (vgl. Esch/Klaudy/Stöbe-Blossey 2005). Anders verhält es sich bei den Kindern im Kindergartenalter (also von drei Jahren bis zum Schuleintritt). Für diese wird zwar eine tägliche Betreuung am Vormittag, für den Nachmittagsbereich jedoch flexiblere Nutzungsmöglichkeiten gewünscht. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch jüngst die AID:A Zusatzuntersuchung, wenngleich hier erhebliche Ost-West-Unterschiede in den Betreuungswünschen bestehen: In Westdeutschland wünschen sich 72% der Eltern für ihr unter dreijähriges Kind eine Betreuung unterhalb des Stundenumfangs einer Halbtagsbetreuung, in Ostdeutschland – wo auch die ganztägige Kleinstkindbetreuung eine lange Tradition hat – sind es immerhin noch 38%, die eher geringere Betreuungswünsche äußern (vgl. BMFSFJ 2011). Umgekehrt formuliert heißt dies aber: Nur 9% der Eltern in Westdeutschland und 19% in Ostdeutschland wünschen sich für ihr unter dreijähriges Kind einen Ganztagsplatz.

Angebote von der Stange? Oder: Was KiTas bieten …

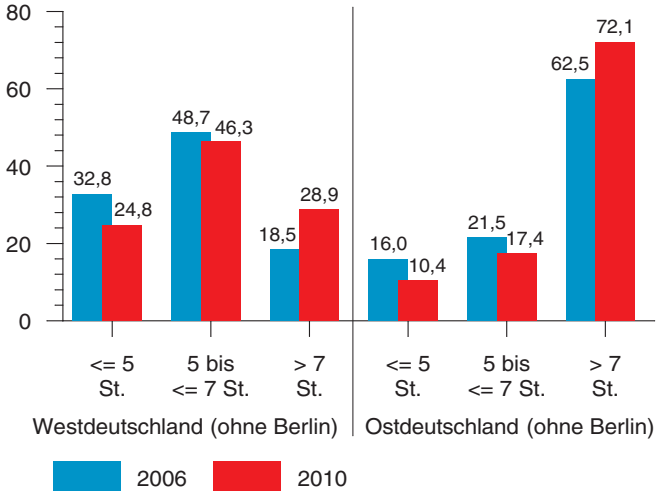
Auf diese spezifischen Betreuungswünsche – kurze Betreuungszeiten für die Kleinsten, flexiblere Nutzungsmöglichkeiten für Kindergartenkinder – scheint die Kinderbetreuungslandschaft zumindest bislang nicht in größerem Umfang zu reagieren (vgl. Klinkhammer 2007b). Im Jahr 2010 wurden von den Kindern unter sechs Jahren in Westdeutschland 28,9% im Rahmen eines Ganztagsplatzes betreut, 46,3% belegten einen Platz über einen Dreivierteltag und 24,8% einen Halbtagsplatz (vgl. Abb. 1). Aufschlussreich ist ein Blick auf den Betreuungsumfang differenziert nach Altersgruppen, also den Betreuungszeiten von unter Dreijährigen und von Kindern ab drei Jahren: Unter Dreijährige sind häufiger in einer Ganztagsbetreuung als die älteren Kindergartenkinder und zwar vor allem in Westdeutschland. Denn während in Ostdeutschland sowohl unter dreijährige Kinder als auch Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt zu rund 72% einen Ganztagsplatz belegen, sind es in den westlichen Bundesländern bei den unter Dreijährigen 39,2%, bei den über Dreijährigen hingegen nur knapp 27,5%.

Zunächst fällt also die große Diskrepanz zwischen den Betreuungswünschen der Eltern und den Ganztagsplatzquoten in der Kindertagesbetreuung auf und dies auch dann, wenn man in Rechnung stellt, dass bei den unter Dreijährigen – im Unterschied zu den Kindern im Kindergartenalter, bei denen ein Besuch der KiTa zur ›Normalbiografie‹ gehört – nach wie vor die Erwerbstätigkeit der Mutter das vorherrschende Motiv für eine institutionelle Betreuung ist (vgl. Roßbach/Riedel 2011). Vor dem Hintergrund der Spielregeln eines ›Nachfragemarktes‹, die auch für die Kindertagesbetreuung – und insbesondere für die Betreuung unter Dreijähriger – gelten, ist jedoch denkbar, dass die Einrichtungen Kinder mit hohem Betreuungsbedarf z.B. aufgrund der Erwerbstätigkeit beider Eltern ›vorziehen‹. Möglicherweise wird hier nicht nur der dringlichste Bedarf gesehen, der auch nur schwer über private Betreuungsarrangements gedeckt werden kann, sondern diese Betreuungswünsche entsprechen auch der vorherrschenden Zeitstruktur in den Tageseinrichtungen.

Wenngleich es zumindest vereinzelt Bestrebungen gibt, auch kurzzeitigen Betreuungswünschen – wie sie für die unter Dreijährigen von Elternseite formuliert werden – gerecht zu werden, etwa durch Kernzeitmodelle bzw. Mindestbuchungszeiten, die Modularisierung des

Betreuungsalltags oder das System des Platz-Sharing, bietet die Mehrzahl der Kindertageseinrichtungen eher ›träger- und personalfreundliche‹ Betreuungsmodelle an. Denn zwischen den Betreuungswünschen der Eltern und der Planungssicherheit der Träger, u.a. durch eine möglichst optimale Auslastung der Plätze, besteht durchaus eine Diskrepanz: Die unzureichende Berücksichtigung erweiterter und flexibler Betreuungsmodelle in den meisten landesrechtlichen Förderrichtlinien, Befürchtungen einer fortschreitenden Prekarisierung und Ausdifferenzierung der Beschäftigungsverhältnisse durch Flexibilisierung (z.B. die Zunahme von befristet Beschäftigten sowie von Honorarkräften) und die Sorge um die Aufrechterhaltung bisher erreichter und das Ringen um die Verbesserung pädagogischer Qualitätsstandards wirken sich hinderlich auf die Umsetzung flexibler Betreuungsmodelle aus (vgl. Stöbe-Blossey 2010).

Abb. 1: Kinder bis 6 Jahre in Tageseinrichtungen für Kinder nach Betreuungszeiten (Ost- und Westdeutschland; 2006, 2010; Angaben in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2006 und 2010; eigene Berechnungen

Wirft man mit Hilfe der Kinder- und Jugendhilfestatistik einen Blick zurück, so zeigt sich, dass entgegen der Pluralisierung der Betreuungswünsche die Heterogenität der vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten eher abgenommen hat. In den meisten Bundesländern nehmen die kurzen Belegungszeiten zugunsten längerer Belegungszeiten, also einer Dreiviertel- oder Ganztagsbetreuung ab. Wurden 2006 im Westen Deutschlands von den Kindern unter 7 Jahren noch 32,8% halbtags betreut (bis zu 5 Stunden) und 18,5% Ganztags (7 Stunden und mehr), so lag im Jahr 2010 die Halbtagsbetreuung mit 24,8% hinter der Ganztagsbetreuung von 28,9% (vgl. Abb. 1). Auch die Dreivierteltagsbetreuung (5 bis zu 7 Stunden) hat zu Gunsten der Ganztagsbetreuung an Bedeutung verloren. Ihr Anteil lag 2006 bei 48,7% und 2010 bei 46,3%. In Ostdeutschland lässt sich diese Entwicklung noch deutlicher nachzeichnen. Die Halbtagsbetreuung ist um sechs Prozentpunkte von 16,0% auf 10,4% gesunken, im Gegenzug hat die Ganztagsbetreuung um zehn Prozentpunkte von 62,5% auf 72,1% zugelegt. Auch hier ist die Betreuung über einen dreiviertel Tag leicht rückläufig, nämlich um vier Prozentpunkte von 21,5% im Jahr 2006 auf 17,4% im Jahr 2010. Keine Auskunft geben die Daten derweil darüber, inwiefern hinter diesen Veränderungen Elternwünsche oder gezielte Steuerung der Träger bzw. Einrichtungen liegen.

In den vergangenen Jahren stand also die Ausweitung der Betreuungszeiten im Vordergrund der Umbaubemühungen. In diese Richtung weist auch die Entwicklung der sogenannten ›geteilten Öffnungszeiten‹, also der Vor- und Nachmittagsbetreuung ohne Übermittagbetreuung. Wenngleich diese Betreuungsform nur bei den Kindern im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt und auch nur in einigen wenigen Bundesländern eine erwähnenswerte Rolle spielt – hohe Anteile hatten im Jahr 2006 noch Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland, wobei je nach Bundesland jedes fünfte bis dritte Kind einen solchen Kindergartenplatz belegte –, so hat sich diese Betreuungsform bei den Kindern im Kindergartenalter bis 2010 deutlich verringert, und zwar von 15,8% auf 9,3%.

Verlässlichkeit und Regelmäßigkeit? Oder: Was Kinder brauchen …

Nicht zuletzt ist aber auch die Frage zu stellen: ›Wie viel Flexibilisierung verträgt das Kind?‹ Verlässliche Beziehungen sowohl zwischen Erzieher/-innen und Kindern als auch zwischen den Kindern, ein strukturierter, rhythmisierter und an Ritualen orientierter Tagesablauf, verlässliche Zeitstrukturen sowie Mindestbetreuungszeiten zur Sicherstellung der Eingewöhnung sind vor allem für die Jüngsten unverzichtbar. Wenngleich die wenigen Studien und Erfahrungsberichte bezogen auf die Chancen flexibler Betreuungsformen optimistisch stimmen, fehlt bislang weitestgehend systematisch gewonnenes Wissen zu den ›Mindeststandards‹ flexibler Betreuung. Konsens besteht derweil darin, dass Rahmenbedingungen zu schaffen sind, die den pädagogischen Tagesablauf in Einrichtungen so organisieren, dass Spielräume für individuell wählbare Betreuungszeiten entstehen. Flexibilisierung heißt in diesen Konzepten also, nicht der Beliebigkeit Tür und Tor zu öffnen (vgl. Klinkhammer 2007a).

Die – bisweilen emotional geführte – Debatte über flexible Zeitstrukturen in Kindertageseinrichtungen bewegt sich also im Spannungsfeld von Elternwünschen, institutionellen Rationalitäten und nicht zuletzt dem Recht des Kindes auf eine entwicklungs- und altersangemessene Bildung, Betreuung und Erziehung (vgl. Ohling 2010). Wo liegen die Grenzen der Flexibilisierung – auch wenn sie

Elternwünschen entsprechen? Wie beweglich bzw. unbeweglich sind Kindertageseinrichtungen derzeit? Welches Maß an Struktur und Kontinuität brauchen Kinder? Wenngleich es gerade bei Letzterem noch erheblichen Forschungsbedarf gibt, gilt es Lösungen zu finden, die eine Balance in dieser ›Dreiecksbeziehung‹ ermöglichen, ohne hinter erreichte pädagogische Standards zurückzufallen.

Und schließlich bleibt zu fragen, inwiefern Kindertagesbetreuung alle Betreuungswünsche erfüllen muss oder kann? So sind sehr kurze Betreuungswünsche im Rahmen von Netzwerken sozialer Fachdienste möglicherweise besser über Tagesmütter, Babysitter oder freiwillige Dienste zu realisieren als im Rahmen institutioneller Betreuung (vgl. Klinkhammer 2007b). Wie dem auch sei: Ohne einen umfassenden Umbau der Strukturen der Kindertagesbetreuung, etwa durch eine Flexibilisierung landesrechtlicher Regelungen bezogen auf die Finanzierungsmodalitäten und den Personaleinsatz, werden flexiblere Betreuungsmodelle wohl nicht zu realisieren sein (vgl. Stöbe-Blossey 2010).

Kirsten Fuchs-Rechlin

Der Zweite Zwischenbericht zur Evaluation des KiföG wurde am 18. Mai 2011 der Öffentlichkeit durch das BMFSFJ vorgestellt.

Zu beziehen unter www.frühechancen.de.

Heimerziehung – gestern, heute, morgen

Empirische Einblicke zu Stabilität und Wandel der stationären Jugendhilfe

Wenn in jüngerer Zeit über Heimerziehung in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, dann hatten diese Debatten fast durchweg eine ausgesprochen negative Konnotation. An prominenter Stelle ist in diesem Zusammenhang der Runde Tisch »Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren« (AGJ 2010) zu nennen, der sich vorrangig mit der Aufarbeitung der dunklen Seite einer »schwarzen Pädagogik« in Heimen der Mitte des letzten Jahrhunderts beschäftigt hat. So steht bei aktuellen Diskussionen vor allem die Heimerziehung vor 60 bzw. 70 Jahren im Blickpunkt. Aber trotz der dringend notwendigen Aufarbeitung der jüngeren Geschichte der Heimerziehung dürfen hierüber nicht die jüngsten Entwicklungen aus dem Auge verloren werden. Immerhin hat sich seit dieser Zeit, verbunden mit der Tendenz einer Individualisierung und Pluralisierung von Unterbringungsformen, einiges verändert – und dies zum Teil erheblich. Nichtsdestotrotz ist diese Hilfe nach wie vor aus Kostengründen, aber insbesondere auch vor dem Hintergrund des damit verbundenen erheblichen biografischen Eingriffs bei den betroffenen jungen Menschen nicht unumstritten. Es lohnt sich also, die Heimerziehung der letzten 20 Jahre auf den Prüfstand zu stellen und dabei der Frage nachzugehen, wie sich dieses Hilfeangebot seit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Anfang der 1990er-Jahre entwickelt hat, wo es steht und sich möglicherweise in naher Zukunft hinbewegen wird.

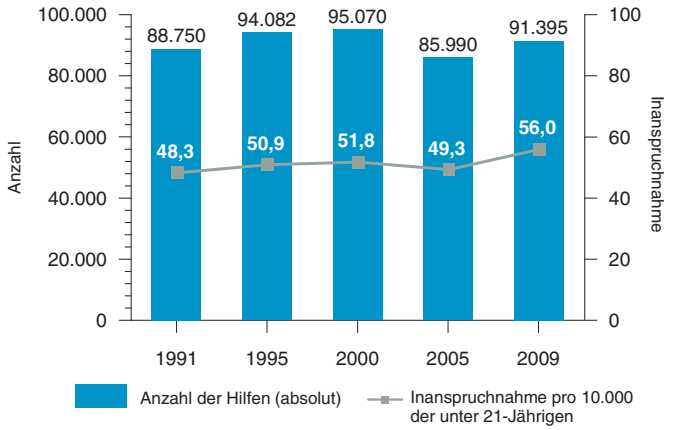
Fallzahlen- und Kostenanstieg

Zuletzt hat die KJH-Statistik für das Jahr 2009 91.395 Maßnahmen der Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII ausgewiesen. Umgerechnet auf die altersentsprechende Bevölkerung bedeutet das, dass bis zu 56 Kinder pro 10.000 der unter 21-Jährigen in einer Maßnahme der stationären Jugendhilfe untergebracht waren.

Betrachtet man die damit einhergehende Entwicklung seit Beginn der 1990er-Jahre, so ist diese von einer unterschiedlichen Dynamik geprägt. Während zwischen 1991 und 2000 die Fallzahlen von knapp 89.000 Hilfen auf etwa 95.000 (+7,1%) gestiegen sind, ist zwischen 2000 und 2005 ein Rückgang von 10% zu verzeichnen (vgl. Abb. 1). Das bedeutet einen Rückgang der Inanspruchnahme um 3 Prozentpunkte. Möglicherweise ist dies ein Ergebnis der Steuerungsbemühungen in den Jugendämtern. In den letzten 4 Erhebungsjahren (2005-2009) sind die Fallzahlen hingegen wiederum um mehr als 5.000 Hilfen gestiegen (+6,3% bzw. +7 Prozentpunkte der Inanspruchnahme). Auch wenn in der öffentlichen Debatte dieser Anstieg rasch auf ein sich ausbreitendes Erziehungsversagen auf Seiten der Eltern zurückgeführt wird, ist es keineswegs ausgeschlossen, dass die Mitte der 2000er-Jahre an Intensität zunehmende Diskussion um den Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung hierzu ebenfalls ihren Beitrag geleistet hat.

Entgegen der Fallzahlenentwicklung sind die Ausgaben für die Heimerziehung im gleichen Zeitraum kontinuierlich gestiegen. Betrachtet man beispielsweise den Zeitraum von 2005 bis 2009, so zeigt sich eine Zunahme der Ausgaben um knapp 14% von rund 2,5 Mrd. EUR auf knapp 2,9 Mrd. EUR. Umgerechnet auf die Bevölkerung wurden damit 2009 knapp 180 EUR pro unter 21-Jährigen und Jahr ausgegeben. Im Jahre 2005 waren es noch 145 EUR. Nur ein Teil dieser Entwicklung erklärt sich über die Inflationsrate. Im gleichen Zeitraum ist das allgemeine Preisniveau um 7% gestiegen. Es ist zu vermuten, dass darüber hinaus steigende Pflegesätze sowie das Angebot und die Inanspruchnahme von Zusatzleistungen den Ausgabenanstieg für die Heimerziehung zumindest mit erklären. Nicht zuletzt muss man aber auch davon ausgehen, dass die Ausdifferenzierung der Heimerziehung – und damit ihre weitergehende Verfachlichung – auch ihren Preis hat.

Abb. 1: Entwicklung von Hilfen zur Erziehung gem. § 34 SGB VIII (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) (Deutschland; 1991-2009; Aufsummierung der zum 31.12 eines Jahres andauernden sowie der beendeten Leistungen; Angaben absolut und pro 10.000 der unter 21-Jährigen)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Kleine Kinder ins Heim – ein Schritt zurück nach vorn

Durch die anhaltende Debatte im öffentlichen und fachöffentlichen Raum zu Fragen des Kinderschutzes, die sich vor allem auf die Gruppe der kleinsten Kinder konzentriert, ist die Zahl der Heimunterbringungen für diese Altersgruppe in den letzten Jahren angestiegen. Da gerichtliche Entscheidungen im Hinblick auf Sorgerechtsentzüge sich in die Länge ziehen können, kann es unter Umständen Jahre dauern, bis Perspektiven für die Kinder entwickelt werden können, was der kritischen Sichtweise der Fachpraxis zur Unterbringung kleiner Kinder in stationären Einrichtungen in den letzten Jahrzehnten widerspricht.

Zwischen 2005 und 2009 stieg die Fallzahl für Heimerziehungen bei unter 6-Jährigen bundesweit von 3.130 bis 4.811 um 54% an. Bevölkerungsbezogen nehmen damit aktuell 12 pro 10.000 Kinder unter 6 Jahren eine Leistung gem. § 34 SGB VIII in Anspruch; ein Anstieg gegenüber dem Wert von 7 im Jahr 2005. Gleichzeitig hat sich der, zwar nach wie vor geringe, Anteil der Fallzahlen dieser Altersgruppe von 3,6% im Jahr 2005 auf aktuell 5,3% erhöht.

Betrachtet man die Lebenssituation dieser Kinder, so zeigt sich mit Blick auf den Familienstatus bei den neu begonnenen Hilfen, dass mit einem Anteil von 60% die meisten Kinder aus Alleinerziehendenfamilien stammen. In etwa einem Viertel der Fälle leben die Eltern bei Beginn der Hilfe zusammen und rund 14% der unter 6-Jährigen kommen aus einer Stiefelternfamilie. Mit anderen Worten: Drei von vier Kindern, die 2009 stationär untergebracht waren, lebten zuvor nicht mehr bei ihren beiden leiblichen Eltern.

Analysen zum Zusammenhang der Inanspruchnahme von erzieherischen Hilfen und einem Transfergeldbezug haben ergeben, dass Familien, die eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch nehmen, mit Blick auf ihre wirtschaftliche Situation zugleich zu einem erheblichen Anteil auf staatliche Unterstützungen angewiesen sind (vgl. BMFSFJ 2009). 2009 betrug der Anteil der jungen Menschen und deren Familien, denen bundesweit eine Hilfe zur Erziehung (ohne Erziehungsberatung) im Allgemeinen sowie eine Heimerziehung im Besonderen neu gewährt wurde und die zugleich im Transfergeldbezug waren, rund 61%. Jedoch scheinen Kinder unter 6 Jahren mit einer neu begonnenen Hilfe gem. § 34 SGB VIII bzw. deren Familien in besonderem Maße von prekären Lebenslagen betroffen zu sein: Bei dieser Eltern-Kind-Gemeinschaft konnte ein Anteil von rund 87% der Hilfeempfänger/-innen, die gleichzeitig Transfergeld bekommen, ermittelt werden.

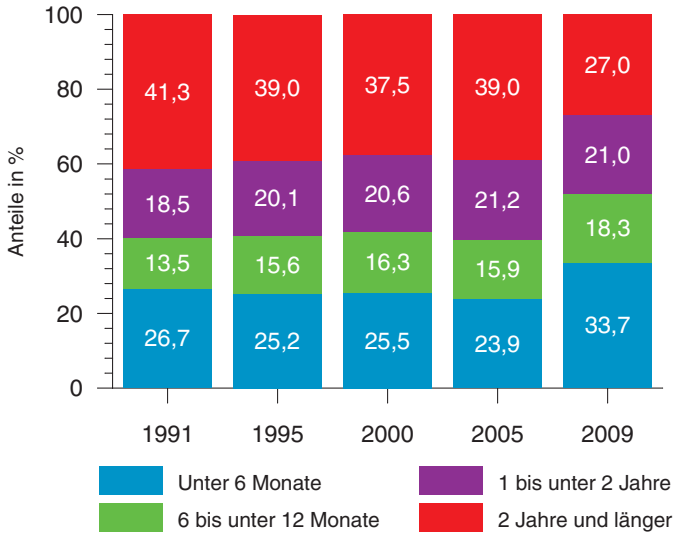
Bei den Gründen für eine Unterbringung von unter 6-Jährigen in einem Heim überwiegt mit einem Anteil von 40% eine Gefährdung des Kindeswohls. Etwa in 13% bis 16% der Fälle ist die unzureichende Förderung/Betreuung/Versorgung, die Unversorgtheit des Kindes, z.B. durch Krankheit der Eltern, sowie eine eingeschränkte Erziehungskompetenz der Eltern bzw. der Personensorgeberechtigten Hauptgrund für die Gewährung der Hilfe.

Perspektivenwechsel durch kürzere Aufenthaltsdauer

Die Dauer einer erzieherischen Maßnahme ist nicht nur ein wesentliches Kriterium im Kontext der Ausgestaltung einer Hilfe und somit im Rahmen des Hilfeplanprozesses. Über die Dauer einer Hilfe können auch Rückschlüsse auf die Intention und Ziele, die mit einer Maßnahme verbunden sind, gezogen werden. Mit Blick auf den zeitlichen Umfang der Heimerziehung bei den unter 21-Jährigen zeigt sich ein heterogenes Bild. Etwa ein Viertel der innerhalb des Jahres 2009 beendeten Hilfen dauerte 2 Jahre und länger an, während rund jede fünfte Hilfe 1 bis 2 Jahre andauerte (vgl. Abb. 2). In weiteren 18% der Fälle wurde die Hilfe bereits nach 6 bis 12 Monaten beendet. Und immerhin jede dritte Hilfe ist spätestens nach einem halben Jahr beendet worden. Allein diese Verteilung mit Blick auf den zeitlichen Umfang deutet die unterschiedlichen Konstellationen und Hilfesettings im Bereich der stationären Jugendhilfe an.

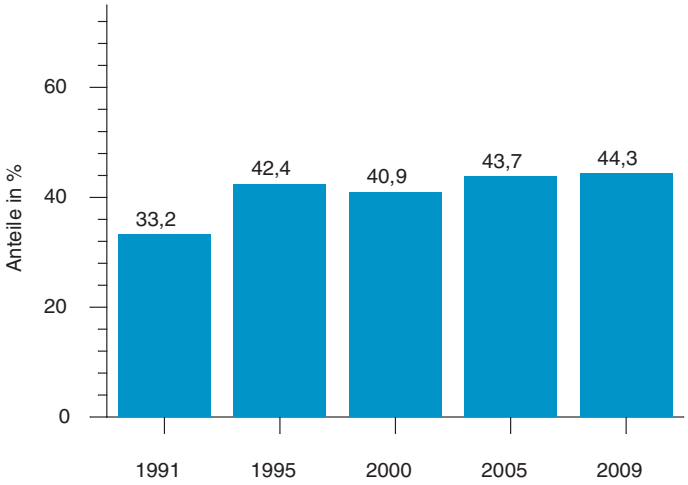
In dieser Hinsicht hat es aber in der Vergangenheit deutliche Verschiebungen gegeben. In der Summe heißt das: In den letzten 20 Jahren ist eine Verkürzung der Unterbringungen zu beobachten. Dauerten Anfang der 1990er-Jahre die meisten Heimunterbringungen noch 2 Jahre und länger an (41%), hat sich dieser Anteil bis 2009 stark reduziert (27%). Gleichzeitig ist der Anteil der Hilfen, die unter einem Jahr liegen, angestiegen, und zwar von 40% auf 52%.

Abb. 2: Hilfen zur Erziehung gem. § 34 SGB VIII (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach zeitlichem Umfang (Deutschland; 1991 bis 2009; beendete Leistungen; Angaben in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Abb. 3: Anteil der gemäß Hilfeplan beendeten Fälle der Heimerziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) (Deutschland; 1991 bis 2009; beendete Leistungen; Angaben in %)



Anmerkung: Bis 2007 wurde »Abschluss« als Grund für die Beendigung der Hilfe aufgeführt. Ab 2007 wird »Beendigung gemäß Hilfeplan/Beratungszielen« als Grund ausgewiesen. Vor diesem Hintergrund sind die beiden Merkmale lediglich grob miteinander zu vergleichen.
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Höhere Zielorientierung bei weiter notwendigen Anstrengungen

Die Frage nach der Effektivität und Effizienz ist für die erzieherischen Hilfen von großer Bedeutung. Insbesondere für die Heimerziehung ist diese Frage vor dem Hintergrund der hohen finanziellen Aufwendungen nicht unwesentlich und auch legitim (vgl. Rauschenbach 2007). Hinweise zur Beantwortung dieser Frage eröffnet die amtliche Statistik durch die Erfassung der Gründe für die Beendigung der Hilfen. Erhoben wird hier, ob die Hilfen gemäß den Hilfeplanzielen beendet worden sind oder hiervon abweichen. Laut amtlicher Statistik wurden 2009 44% der Heimunterbringungen gemäß einem Hilfeplan bzw. den vereinbarten Beratungszielen beendet (vgl. Abb. 3). Das aber heißt im Umkehrschluss: Der Großteil der Hilfen gem. § 34 SGB VIII wurde nicht in der Form beendet, wie es im Rahmen des Hilfeplanverfahrens vereinbart worden ist. Wenn eine Hilfe abweichend beendet worden ist, so geschah dies vor allem durch den Sorgeberechtigten bzw. den jungen Volljährigen selbst. Dies passierte in immerhin jedem 5. Fall.

Mit Blick auf die Entwicklung der Beendigung einer stationären Jugendhilfe zeigt sich allerdings, dass der Anteil der Hilfen, die gemäß Hilfeplan abgeschlossen werden konnten, gestiegen ist: Während dies Anfang der 1990er-Jahre lediglich in einem Drittel der Fälle gelang, lag der Anteil Mitte der 2000er-Jahre bei fast 44%. Auch wenn sich die Erhebung der Daten vor und nach 2007 etwas verändert hat, so ist mit Blick auf die Zielorientierung der Hilfen dennoch ein positiver Trend zu beobachten.

Zukünftige Herausforderungen

Bilanziert man die Befunde zur Entwicklung der stationären Jugendhilfe, so lässt sich zunächst feststellen, dass, trotz der Steuerungsstrategien der Jugendämter Anfang der 2000er-Jahre, die Heimerziehung in den letzten Jahren wieder angestiegen ist. In diesem Kontext haben die unter 6-Jährigen – auch wenn sie nach wie vor eine relativ kleine Klientelgruppe in der Heimerziehung darstellen – eine größere Bedeutung erlangt. Die Kinderschutzdebatte hat somit vermutlich auch hier ihre Spuren hinterlassen: Sie stellt die Heimerziehung erneut vor die Herausforderung, adäquate Settings für diese sensible Altersgruppe bereitzustellen.

Seit Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hat die Heimerziehung zudem einen Gestaltwandel durchlaufen. Mit Blick auf die Dauer ist sie nicht mehr nur ein langfristiger »Lebensabschnittbegleiter«, sondern zeigt mittlerweile unterschiedliche Gesichter, mitunter auch das des kurzfristigen »Krisenhelfers«.

Darüber hinaus scheinen die Jugendämter bei dieser Form der Fremdunterbringung in den letzten 20 Jahren verstärkt auf Zielorientierung im Hilfeplanverfahren gesetzt zu haben. Gleichwohl kann dieses Ergebnis nicht wirklich beruhigen. Dass nach wie vor mehr als die Hälfte der Hilfen gem. § 34 SGB VIII abweichend von Hilfeplan bzw. Beratungszielen beendet werden, lässt die immer mal wieder

lauter werdenden Fragen vieler Kritiker/-innen nach dem vernünftigen Verhältnis von Aufwand und Ertrag bei der kostenintensivsten Hilfe zur Erziehung sicherlich nicht so einfach verstummen. Hier ist die Kinder- und Jugendhilfe zuallererst selbst gefragt, ihre sozialpädagogischen Instrumente und Verfahren im Prozess der Hilfegewährung sowie im Rahmen des Hilfeverlaufs auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln. Dies gilt – vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen und anhaltend hoher Ausgaben – künftig vielleicht sogar mehr denn je.

Sandra Fendrich/Agathe Wilk

Jugendleiter/-innen werden sichtbar – erste Ergebnisse der Statistik zur Juleica

Ehrenamtliche[1] Mitarbeiter/-innen sind eine zentrale Mitarbeitergruppe der Jugendverbandsarbeit (vgl. Düx 1999). Ausgerechnet für diese Gruppe liegen Informationen, wie sie bezogen auf die Voll- und Teilzeittätigen, aber auch für die auf Honorarbasis arbeitenden Mitarbeiter/-innen in der Kinder- und Jugendarbeit durch die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik zur Verfügung stehen (vgl. Rauschenbach 2003), nach wie vor nicht vor. Auch der Freiwilligensurvey bietet in seiner jetzigen Form speziell für das ehrenamtliche Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit im Allgemeinen sowie der Jugendverbandsarbeit im Besonderen keine zufriedenstellende Datengrundlage. Eine im Vergleich zu den bisher genannten eher ungewöhnliche Datenquelle, die diese Lücke zumindest für eine Gruppe der Ehrenamtlichen schließen kann, stellen die Angaben zu den ausgestellten »Jugendleiter/-innen Cards« (Juleicas) dar (www.juleica.de). Diese lässt zwar keine verallgemeinerbaren Schlüsse auf die Gesamtheit der Engagierten oder speziell auf Jugendliche zu, macht aber eine wichtige Gruppe ehrenamtlich Tätiger sichtbarer.

Neue Datengrundlage

Verbunden mit der Beantragung einer Juleica werden seit April 1999 Grunddaten zu dieser Personengruppe abgefragt. Schon hieraus ließen sich zumindest Hinweise mit Blick auf das ehrenamtliche Engagement insbesondere in der Jugendverbandsarbeit herauslesen (vgl. BMBF 2004, S. 235ff.).

Das bis dahin gültige Antragsverfahren in »Papierform« ist zwischen April 2009 – beginnend mit Berlin und Niedersachsen – und September 2010 in den Bundesländern nach und nach von einem »Online-Verfahren« abgelöst worden. Diese Umstellung hat das empirische Wissen über die Jugendleiter/-innen in Deutschland deutlich erweitert, vor allem auch, weil zusätzliche (freiwillig zu beantwortende) Fragestellungen hinzugekommen sind.

Konstante Anzahl der Jugendleiter/-innen bei erheblichen regionalen Unterschieden

Bis zum Jahr 2002 wurde mit 104.000 gültigen Juleicas ein Stand erreicht, der seither gehalten werden konnte. Für den September 2010 kann von ca. 105.000 gültigen Juleicas für Jugendleiter/-innen ausgegangen werden. Damit zeichnet sich eine stabile Entwicklungsdynamik ab, die auch insgesamt der jüngste Freiwilligensurvey dem ehrenamtlichen Engagement in Deutschland attestiert hat (vgl. BMFSFJ 2010).

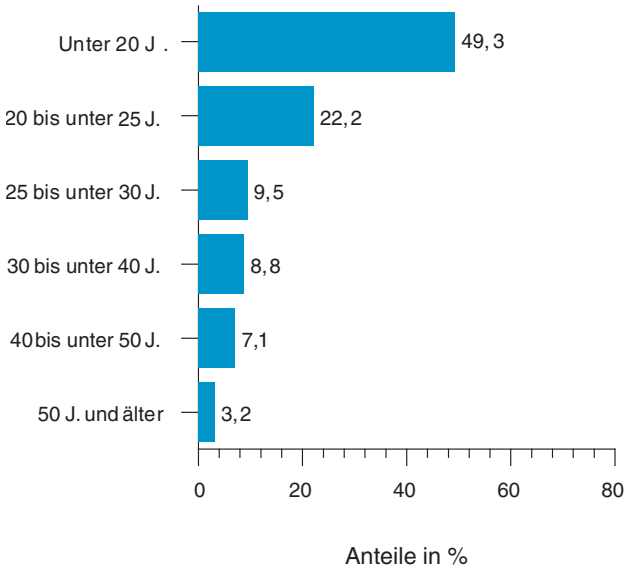
In den Bundesländern ist die Juleica allerdings ungleich verbreitet. Eine starke Verbreitung hat sie in Niedersachsen. Bezogen auf die Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 45 Jahren verfügen hier pro 100.000 Einwohner 49 Personen über eine Juleica. Auch in Schleswig Holstein (41,3) und Sachsen-Anhalt (40,6) sind die Quoten ähnlich hoch, während diese beispielsweise in Sachsen (15,4), Mecklenburg-Vorpommern (13,8) oder Bremen (11,9) unter dem bundesweiten Durchschnitt von 20,5 liegen.

Weiblich, jung, gebildet – Jugendleiter/-innen im Profil

Die über die Anträge erhobenen Daten zu den Jugendleiter/-innen sind an vielen Stellen anschlussfähig an Ergebnisse der Ehrenamtsforschung. Noch spezifisch für die Kinder- und Jugendarbeit ist das Datum, dass die Juleica-Antragsteller/-innen etwas häufiger weiblich (52 %) sind und fast zur Hälfte unter 20 Jahre alt; fast drei Viertel sind unter 25 Jahre alt (vgl. Abb. 1). Entsprechend hoch ist auch der Anteil der Schüler/-innen. Insgesamt gehen 43,5% der Jugendleiter/-innen noch zur Schule. Mit zunehmendem Alter nimmt die Zahl der Jugendleiter/-innen bzw. die der Antragsteller/-innen für eine Juleica deutlich ab.

1 Im Folgenden wird der besseren Verständlichkeit wegen durchgängig der Begriff »ehrenamtlich« benutzt. Gemeint sind freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen.

Abb. 1: Personen mit einer Juleica nach Altersgruppen[1] (Deutschland; Aug.-Dez. 2010; Verteilung in %)



1 Angaben des Alters beziehen sich auf den Beginn der Gültigkeit einer Juleica.
Quelle: Datenbank des Deutschen Bundesjugendringes zu den Jugendleiter/-innen mit einer Juleica (Stand 31.12.2010); eigene Berechnungen

Immerhin 60% der Personen mit einer Juleica verfügen über einen höheren Bildungsabschluss oder streben diesen an. Nur 6,5% haben einen Hauptschulabschluss und 23,6% einen Realschulabschluss. Auch wenn die Angaben aus dem Mikrozensus zum Bildungsabschluss nicht ganz vergleichbar sind, so helfen sie doch bei der Einordnung dieser Angaben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verfügen etwa 20% der 20- bis unter 25-Jährigen in Deutschland über einen Hauptschulabschluss sowie 33% über einen Realschulabschluss (vgl. StaBu 2010b). Der Befund der Engagementforschung, nach dem die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement gerade auch im Jugendalter in höchstem Maße bildungsabhängig ist (vgl. Picot 2011), wird somit auch hier bestätigt.

Aufgrund der Altersstruktur bei den Jugendleiter/-innen wird nach dem Lebensmittelpunkt der jungen Menschen gefragt. Ihrem Alter und ihrem Status als Schüler/-innen bzw. Auszubildende entsprechend, haben fast zwei Drittel der Befragten ihren Lebensmittelpunkt noch bei den Eltern. Fast 89% haben Geschwister. Diese Zahl liegt deutlich höher als der statistische Durchschnitt in Deutschland (75%) und könnte ein Hinweis darauf sein, dass Erfahrungen aus größeren Familienzusammenhängen sich positiv auf die Bereitschaft auswirken, in der Kinder- und Jugendarbeit Verantwortung zu übernehmen.

Jugendleiter/-in ist nicht gleich Jugendleiter/-in – ein Blick auf die Träger

80% aller Antragsteller/-innen kommen aus dem jugendverbandlichen Spektrum (inkl. Jugendringe), davon etwa die Hälfte aus dem kirchlichen Umfeld einschließlich der konfessionellen Jugendverbände. Nur etwa 7% der hier erfassten Jugendleiter/-innen sind öffentlichen Trägern zuzuordnen. Dieser Befund korrespondiert mit den Ergebnissen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik zu den öffentlich geförderten Maßnahmen im Feld der Jugendarbeit. Immerhin über 80% der erfassten Angebote wurden 2008 seitens der freien Träger durchgeführt (vgl. Bröring/Pothmann 2010). Der Anteil der Jugendverbandsarbeit lag dabei – je nach Berechnungsart – bei über 50% bzw. 60%.

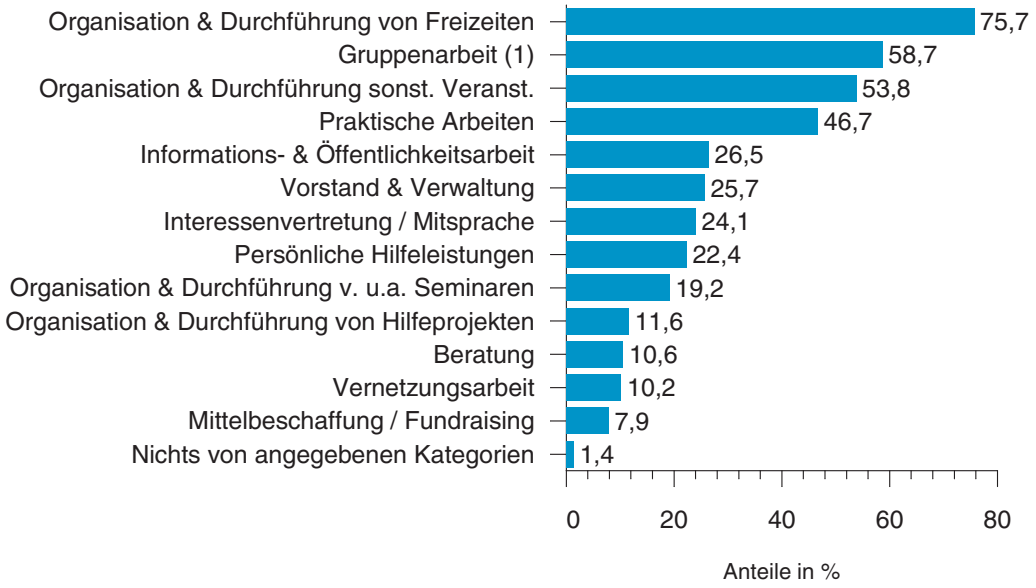
Mit Blick auf das Alter und die Geschlechterverteilung der Juleica-Inhaber/-innen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Trägergruppen. Zum Teil relativieren sich dadurch auch die oben gemachten Aussagen zur Altersverteilung. So besteht eine bemerkenswerte Differenz zwischen der religiösen bzw. kirchlichen Jugendarbeit (Durchschnittsalter 17 Jahre) und der technisch- und hilfeorientierten Jugendarbeit (Durchschnittsalter: 24 Jahre). Auch unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten sind deutliche Unterschiede zu erkennen: Vor allem in der internationalen Arbeit (ca. 63%), der religiösen Jugendarbeit (ca. 60%) und in kulturell-medienorientierten Jugendverbänden (ca. 59%) engagieren sich eher junge Frauen, während in den technisch-hilfeorientierten Organisationen die jungen Männer (65%) dominieren. Auch in den Pfadfinderverbänden überwiegen die männlichen Engagierten (ca. 57%), während das Geschlechterverhältnis im Sportbereich eher ausgeglichen ist.

Breites Tätigkeitsspektrum mit Schwerpunkten bei Freizeiten und Gruppenarbeit

Drei Viertel aller Jugendleiter/-innen sind mit der Organisation und Durchführung von Freizeiten beschäftigt und fast 60% zählen die pädagogische Betreuung und Anleitung einer Gruppe zu ihren Aufgaben (vgl. Abb. 2). Weitere ca. 54% sind mit der Organisation und Durchführung sonstiger Veranstaltungen befasst und ca. 46% führen praktische Arbeiten aus, die im Kontext der Organisationen anfallen. Tätigkeiten, die eher Leitungspositionen zuzuordnen sind, wie Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Interessenvertretung und Mitsprache oder Vorstands- und Verwaltungstätigkeiten, werden selten von Juleica-Inhaber/-innen ausgeführt, bzw. Personen, die solche Tätigkeiten ausführen, halten den Besitz einer Juleica seltener für notwendig.

Betrachtet man die ausgeführten Tätigkeiten nach dem Durchschnittsalter der Jugendleiter/-innen, dann zeigt sich, dass dieses bei allen Tätigkeiten, die sich auf den Umgang mit Gruppen von Kindern und Jugendlichen (pädagogische Betreuung, Ferienfreizeiten) oder die Organisation und Durchführung entsprechender Veranstaltungen beziehen, relativ niedrig (20 Jahre) ist. Tätigkeiten, die in der Regel mit leitenden Positionen verknüpft sind, werden hingegen häufiger von älteren Jugendleiter/-innen durchgeführt. So sind Juleica-Inhaber/-innen, die bei der Mittelbeschaffung oder im Bereich Fundraising tätig sind,

Abb. 2: Personen mit einer Juleica nach Tätigkeiten (Deutschland; Angaben August bis Dezember 2010; nur Personen mit Angaben zur Tätigkeit (Mehrfachnennungen möglich); N= 5.899)



1 Pädagogische Betreuung und/oder Anleitung einer Gruppe.
Quelle: Datenbank des Deutschen Bundesjugendrings zu den Jugendleiter/-innen mit einer Juleica (Stand 31.12.2010); eigene Berechnungen

Weitere Auswertungen und Analysen zu den Jugendleiter/-innen sind nachzulesen bei: Jens Pothmann/Erich Sass: Juleica-Report 2011 – Lebenslagen und Engagement von Jugendleiterinnen und Jugendleitern. Herausgegeben vom Deutschen Bundesjugendring, Berlin 2011, 72 Seiten.

durchschnittlich bereits 27 Jahre alt, genauso alt sind die in der Beratung engagierten Personen. Mitglieder von Vorständen und Personen mit Verwaltungsaufgaben erreichen im Durchschnitt ein Alter von 24 Jahren.

Für ihre Tätigkeiten investieren die Jugendleiter/-innen einen hohen Zeitaufwand. Etwa 38% sind mehrmals pro Woche tätig, ca. 22% einmal pro Woche und ca. 23% mehrmals im Monat. Damit kann von einer starken Bindung an die Organisationen ausgegangen werden.

Qualifikationsnachweis, Legitimation und Anerkennung

Für mehr als die Hälfte der Juleica-Inhaber/-innen ist der Besitz der Karte Voraussetzung ihrer Tätigkeit. Dieser Befund kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Juleica bei den Trägern die Funktion eines Qualifikationsnachweises erfüllt und außerdem zur Legitimation der Jugendleiter/-innen eingesetzt wird. In den neuen Bundesländern wird die Juleica überdurchschnittlich oft als Tätigkeitsvoraussetzung genannt. In den südlichen Bundesländern hingegen scheinen eher die damit verbundenen Vergünstigungen sowie die Anerkennung des Engagements eine größere Bedeutung zu haben.

70% aller Juleica-Inhaber/-innen haben schon einmal mit der Karte verknüpfte Vergünstigungen in Anspruch genommen. So haben etwa 35% der Jugendleiter/-innen, die den Antrag auf eine Juleica zum wiederholten Mal stellen, vergünstigten Eintritt zu öffentlichen Veranstaltungen und Einrichtungen erhalten und 20% haben Vergünstigungen im Zusammenhang mit dem Jugendherbergsausweis genutzt. Andere Formen der Anerkennung, wie kostengünstigeres Einkaufen in Geschäften, die Erstattung von Verdienstausfällen oder Vergünstigungen im öffentlichen Personenverkehr werden seltener in Anspruch genommen bzw. angeboten.

Fazit

Mit der online-gestützten Erfassung persönlicher Daten im Rahmen der Juleica-Beantragung ist eine Möglichkeit entstanden, schnell und umfassend Informationen über die in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Jugendleiter/-innen einzuholen. Durch die nunmehr mögliche Erhebung zusätzlicher statistischer Daten auf freiwilliger Basis haben sich die Erkenntnismöglichkeiten dieser Datenquelle noch einmal erhöht. Für die Engagementforschung steht mit diesem Verfahren somit eine zusätzliche Datengrundlage zur Verfügung, die es insbesondere erlaubt, differenzierter auf den Bereich der Jugendverbände zu schauen. Zukünftig könnte dieses Instrument auch genutzt werden, um weitere Daten, beispielsweise differenziertere Angaben zu den Tätigkeiten, Angaben zu Motiven und Anerkennungswünschen oder auch zu aktuellen, temporären Fragestellungen, zu erheben.

Jens Pothmann, Erich Sass

KOMDAT
Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe

Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ[Stat], gefördert durch das BMFSFJ und das MFKJKS NW

14. Jahrgang, Juni 2011, Heft 1 & 2 / 2011

Herausgeber:
Prof. Dr.
Thomas Rauschenbach

Redaktion:
Dr. Jens Pothmann
Dr. Matthias Schilling
Sandra Fendrich

Erscheinungsweise:
3 Mal im Jahr

Impressum
ISSN 1436-1450

akjstat

Dortmunder Arbeitsstelle
Kinder- & Jugendhilfestatistik
- AKJ[Stat]
Technische Universität
Dortmund
FK12, Forschungsverbund
DJI/TU Dortmund

CDI-Gebäude,
Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557
Fax: 0231/755-5559
www.akjstat.uni-dortmund.de
E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:
Die Ausgaben von Kom[Dat] sind kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz & Layout:
Astrid Halfmann

Druck: Offsetdruck J.Heinze

[AGJ] Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hrsg.): Runder Tisch Heimerziehung in den 50er- und 60er-Jahren, Berlin 2010.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld 2010.

Becker, B.: Ethnische Unterschiede bei der Kindergartenselektion, in: B. Becker, D. Reimer (Hrsg.), Vom Kindergarten bis zur Hochschule, Wiesbaden 2010, S. 17-47.

Berg-Lupper, U.: Kinder mit Migrationshintergrund. Bildung und Betreuung von Anfang an, in: W. Bien, Th. Rauschenbach, B. Riedel (Hrsg.), Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim u. Basel 2006, S. 83-104.

Biedinger, N./Becker, B.: Frühe ethnische Bildungsungleichheit. Der Einfluss des Kindergartenbesuchs auf die deutsche Sprachfähigkeit und die allgemeine Entwicklung, in: B. Becker, D. Reimer (Hrsg.), Vom Kindergarten bis zur Hochschule, Wiesbaden 2010, S. 49-79.

[BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Konzeptionelle Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht – Non-formale und informelle Bildung im Kindes- und Jugendalter, Bonn 2004.

[BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 13. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2009.

[BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, Berlin 2010.

[BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zweiter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Bericht der Bundesregierung 2011 nach § 24a Abs. 5 SGB VIII über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2010, Berlin 2011.

[BLSD] Bayerisches Landesamt für Statistik (Hrsg.): Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2020. Beitr. zur Statistik Bayerns, H. 540, München 2010.

Bröring, M./Pothmann, J.: Kinder- und Jugendarbeit 2008 im Bundesländervergleich, Dortmund 2010 (www.ljr-rlp.de/cms/upload/pdf/Expertise_Jugendarbeit_Ländervergleich_2010.pdf).

Düx, Wiebken: Das Ehrenamt im Jugendverband, Frankfurt a.M. 1999.

Esch, K./Klaudy, E.K./Stöbe-Blossey, S.: Bedarfsorientierte Kinderbetreuung. Gestaltungsfelder für die Kinder- und Jugendpolitik, Wiesbaden 2005.

Fuchs, K./Peucker, Ch.: »… und raus bist du!« Welche Kinder besuchen nicht den Kindergarten und warum, in: W. Bien, Th. Rauschenbach, B. Riedel (Hrsg.), Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim u. Basel 2006, S. 61-81.

Klinkhammer, N.: Flexibilität ermöglichen, Qualität sichern: Herausforderungen für die Veränderungen in der zeitlichen Angebotsstruktur von Kindertageseinrichtungen, in: K. Altgeld, E. K. Klaudy, S. Stöbe-Blossey (Hrsg.), Flexible Kinderbetreuung, (www.flexiblekinderbetreuung.de).

Klinkhammer, N.: Betreuung – ›zeitgemäß‹ gestaltet?, in: Welt des Kindes, 2007b, H. 5, S. 13-15.

[LWL/LVR] Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt/Landschaftsverband Rheinland – Landesjugendamt: Entwicklungslinien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Befunde zur 4. Strukturdatenerhebung zum Berichtsjahr 2008, Köln u. Münster 2010.

Mollenhauer, K.: Kinder- und Jugendhilfe. Theorie der Sozialpädagogik – ein thematisch kritischer Grundriss, in: Zeitschrift für Pädagogik, 1996, H. 6, S. 869-886.

Neumann, U.: Kindertagesangebote für unter sechsjährige Kinder mit Migrationshintergrund, in: Sachverständigenkommission Zwölfter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.), Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter sechs Jahren, Wiesbaden 2005, S. 175-226.

Ohling, M.: Diversity in der professionellen Kleinkindbetreuung heißt: auch Familien mit einem geringen Betreuungsbedarf professionell zu bedienen, in: Neue Praxis, 2010, H. 4, S. 380-391.

Picot, S.: Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999-2009, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), Gütersloh 2011 (www.bertelsmann-stiftung.de).

Rauschenbach, Th.: Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft, in: Th. Rauschenbach, W. Düx, E. Sass (Hrsg.), Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft, Weinheim u. München 2003, S. 35-60.

Rauschenbach, Th.: Fremdunterbringung und gesellschaftlicher Wandel, in: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.), Wohin steuert die stationäre Erziehungshilfe?, München 2007, S. 8-39.

Roßbach, H.-G./Riedel, B.: Mehr Plätze alleine reichen nicht. Beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote ist die Qualität entscheidend, in: DJI Impulse, 2011, H. 1, S. 10-12.

Schilling, M.: Fortsetzung des Ausgabenanstiegs für die Kinder- und Jugendhilfe, in: Forum Jugendhilfe, 2011, H. 1, S. 30-35.

Schmidt, H.: Zum Forschungsstand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine Sekundäranalyse, in: H. Schmidt (Hrsg.), Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden 2011, S. 13–127.

Seckinger, M./Pluto, L./Peucker, C./Gadow, T.: DJI – Jugendverbandserhebung. Befunde zu Strukturmerkmalen und Herausforderungen, München 2009 (www.dji.de/jhsw).

[StaBu] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009 in Berlin. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009.

[StaBu] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Wiesbaden 2010a.

[StaBu] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsstand der Bevölkerung 2010, Wiesbaden 2010b.

Stöbe-Blossey, S.: Flexible Betreuungsformen im Bundesländer-Vergleich. Rahmenbedingungen und Auswirkungen, in: S. Stöbe-Blossey (Hrsg.), Kindertagesbetreuung im Wandel – Perspektiven und Organisationsentwicklung, Wiesbaden 2010, S. 55-94.

Ströker, K.: Modellierung von Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in NRW, in: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen. Band 42, S. 3-12.